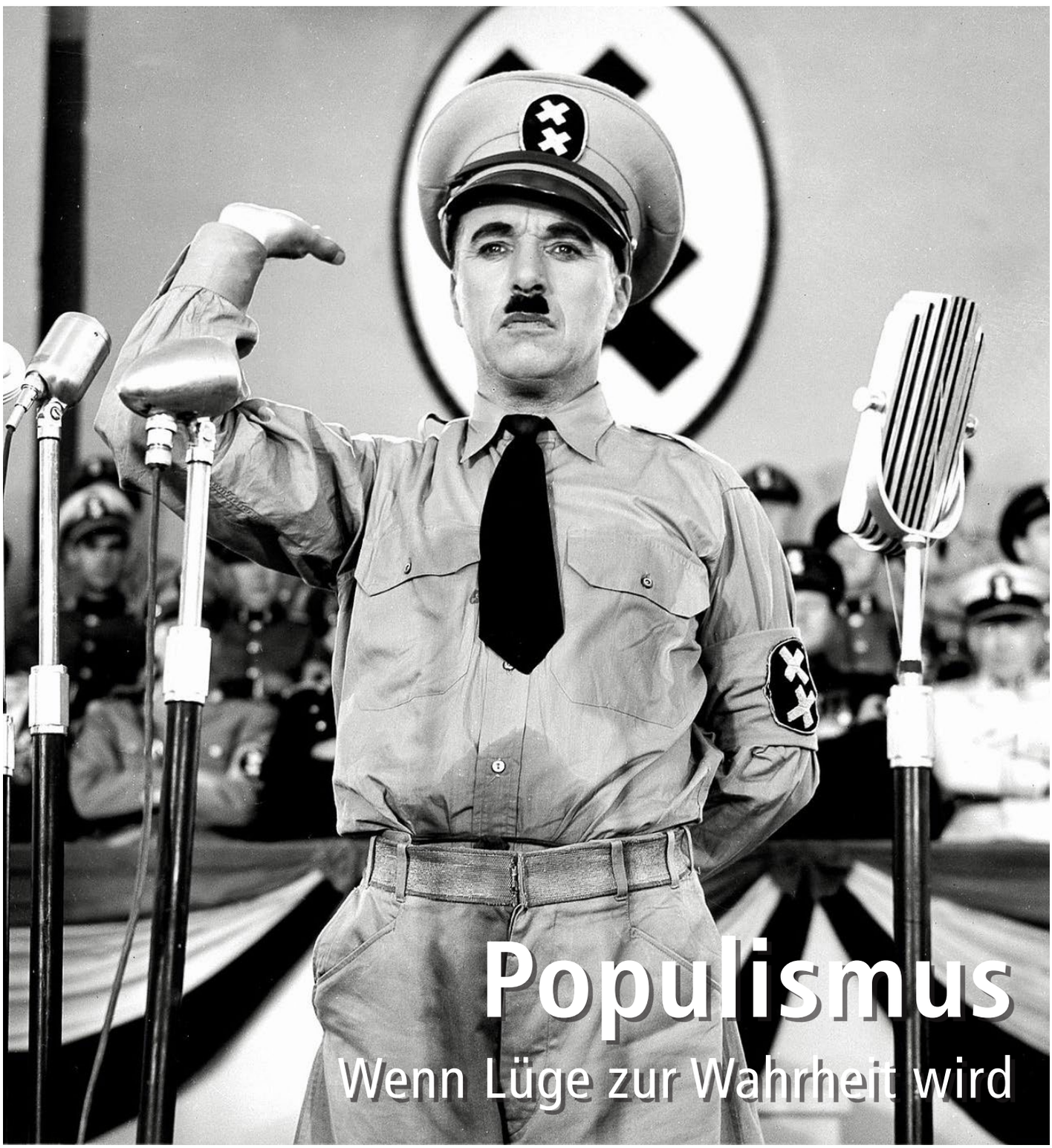
aufbruch

UNABHÄNGIGE ZEITSCHRIFT FÜR RELIGION UND GESELLSCHAFT

Muslimische Seelsorge
Warum der Weg zur Integration steinig und harzig ist

Teaser Oberzeile
Teaser Unterzeile

Nachfolge Bischof Huonder
Vom grossen Schweigen der Männer im Walde



Populismus

Wenn Lüge zur Wahrheit wird

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorialtex tkjsd feuh aksjdhfeiluhf askljdfliuaeh fl-sadjhfa

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Populismus. Für Populisten sind Fakten zweitrangig. Sie betonen das »Recht auf die eigene Befindlichkeit«, auch wenn diese auf diffusen Empfindungen beruht. Das eröffnet »alternativen Fakten« Tür und Tor. **Seite 14**

Schweiz

Aufgefallen 5
Die Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention Fexx gibt Gegensteuer

Muslimische Seelsorge 6
Vom steinig harzigen Weg zur Integration und dem Gerangel um Qualitätskriterien

Bistum Chur 10
Das Schweigen der Männer

In Bewegung 13
Spirituelle Theologie im interreligiösen Prozess: Fragen an Christian Rutishauser über den einzigartigen Studiengang

Populismus 14
»Wahr ist, was ich fühle«. Von der Konstruktion »alternativer Fakten«

Pro und Contra 16
Gehören die gesetzlichen christlichen Feiertage abgeschafft?

Porträt 57
Christina Aus der Au, Kirchentagspräsi-dentin in Berlin und Theologin in Zürich

Leserreise 58
Eine Fahrt ins Blaue zwischen Pegida, Romanti und Weihnachtsstern

Aus unserem Blog 62
Aleppo-Seife

Wolf Südbeck-Baur
Redaktor

TITELBILD: XXXXXXX

Muslimische Seelsorge. Während es in Basel eine kantonale Anerkennung muslimischer Gemeinschaften gibt, feilt Zürich am Konzept mit dem Ziel, mehr Kontrolle über muslimische Seelsorger zu erlangen. **Seite 6**

Teaser Titel. Teasertext skjfei saidhufeiuh alisudhfsadfas.. **Seite xx**

FOTOS: XXX; SYLVIA STAM; XXX; SÜDBECK-BAUR

Leserreise. Zwischen Pegida, Romantik und Weihnachtsstern. Die Fremden zu lieben, ist Herausforderung, vor der das Christentum steht. Unsere Leserreise nach Dresden brachte unterschiedliche Facetten nahe. **Seite 58**

Politik & Gesellschaft

Rubik XX
Text

Rubrik XX
Text

Rubik XX
Text

Rubrik XX
Text

Rubik XX
Text

Rubrik XX
Text

Rubik XX
Text

Rubrik XX
Text

Rubik XX
Text

Religion & Kirchen

Rubik XX
Text

Rubrik XX
Text

Rubik XX
Text

Rubrik XX
Text

Rubik XX
Text

Rubrik XX
Text

Rubik XX
Text

Rubrik XX
Text

Rubik XX
Text

Leben & Kultur

Rubik XX
Text

Rubrik XX
Text

Rubik XX
Text

Rubrik XX
Text

Rubik XX
Text

Immer

Betrachtung 4

Personen und Konflikte 12

Gastkolumne 12

Bücher 54

Kaleidoskop der Religionen 60

Agenda 61

Aus unserem Blog 62

Impressum 63

Schlussblüte 63

Vorsicht Satire 64

FOTO: MARIANNE VOGEL KOPP

Umgang um Umgang

Der Kreuzgang, Herzstück eines Klosters,
verleitet zum Schreiten, zum Wandeln.
Das Geviert mit dem umlaufenden Arkadengang ist eine Oase der Stille,
die förmlich einlädt zu Einkehr und Inwendigkeit.
Wir sind seit der Vertreibung aus dem Paradies
– der Mythos reinszeniert sich in eines jeden Kindheit –
nie ganz die Sehnsucht nach dem heilen Ursprungsgarten losgeworden.
Abschreiten, Umgang um Umgang mit immer neuen Perspektiven,
immer stiller werden,
sich in die Höhe verbinden zum offenen Himmel hin,
der alles spendet zu seiner Zeit:
Luft, Wolken, Regen, Lichtspiel, Dämmerzeit und Dunkel.
Sich in die Tiefe verbinden mit dem Zisternenbrunnen in der Mitte,
Bild für die innere Quelle, aus der lebendiges Wasser sprudelt.
Die heilige Ordnung dieses umfriedeten Raums strahlt Ruhe aus,
ihr Ebenmass ist von einer Schönheit, die fast wehtut.
Wandelnd sich einmitten. Seelenweitung erfahren.
Verwandlung zulassen.

Marianne Vogel Kopp, Pfarrerin

Hartes Brot

Ob mit Gesprächen, Beratung oder Internet-Streetworking – die »Fachstelle Extremisums und Gewaltprävention« (Fexx) gibt Extremisten Gegensteuer. Doch es klappt nicht immer

Von Judith Albisser

Das Internet für eigenen Zwecke zu nutzen, ist in Extremistenkreisen weit verbreitet. Rassistische und extremistische Äusserungen werden schnell gepostet, geteilt oder in Foren diskutiert. Solche Internetplattformen werden vor allem auch dafür genutzt, mögliche Gleichgesinnte in die Szene hineinzuziehen und mit den Ideologien extremistischer Kreise vertraut zu machen.

FOTO: ZVG

Samuel Althof, psychologischer Berater, unterstützt mit seiner »Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention« Menschen beim Ausstieg aus extremistischen Kreisen

Wie geht man mit Menschen um, die sich extremistisch äussern, die radikal werden? Mit diesen Fragen befasst sich Samuel Althof, psychologischer Berater, seit Jahrzehnten. Der Basler leitet die private *Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention* (Fexx), die aus der *Aktion Kinder des Holocaust* (AKdH) hervorgegangen ist. Die Vereinigung AKdH wurde von Nachkommen Überlebender der nationalsozialistischen Judenverfolgung und des antifaschistischen Widerstandes gegründet. Samuel Althof war Mitbegründer der AKdH. Heute berät er Betroffene und deren Angehörige und hilft jungen Extremisten und Extremistinnen, aus der Szene auszusteigen.

In seine psychologischen Beratungen kommen Menschen aus ganz unterschiedlicher Motivation. Die einen erhalten von der Schule oder der Lehre die Auflage, die Fexx aufzusuchen, andere kommen freiwillig. Ausserdem gibt es auch solche, die Althof mittels Internet-Streetworking selber gefunden hat. Das Internet-Streetworking ist eine niederschwellige Art, auf Menschen zuzugehen, die sich in irgendeiner Form im Internet extremistisch äussern. Aus eigenem Interesse und auch aus dem anfänglichen Beobachten heraus habe sich dieses Projekt immer weiter entwickelt, bis es zu seiner vollzeitlichen Arbeit wurde, erläutert der 62-Jährige. Dabei beschäftigt sich Althof sowohl mit linkem und rechtem Extremismus als auch mit Extremismus religiöser Ausprägung, wie er beispielsweise bei Jihadisten anzutreffen ist. Da liegt es auf der Hand, dass Berater Althof in den Bereichen Extremismusprävention und teilweise auch in der Terrorprävention arbeitet. Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand als Folge von Erfahrungen des Ausgeschlossenwerdens extremistisch oder radikal wird, hält Samuel Althof für sehr gross. So mache er sowohl bei systematischen als auch bei programmatischen Extremisten häufig die Beobachtung, dass sie Ausgeschlossensein und Brüche in der Biografie erfahren. »Macht eine Person eine schlimme Exklusionserfahrung durch, destabilisiert dies ihre ganze Persönlichkeit«, erläutert Althof. Vor diesem Hintergrund sei der islamische Fundamentalismus für solche in der Regel junge Menschen deshalb so interessant, weil er als Ersatzstruktur eine Art pervertierten Selbstheilungsversuch darstelle. Bei seiner Arbeit bemüht sich Althof daher darum, den Betroffenen aufzuzeigen, dass es sich lohnt, aus der extremistischen Szene auszusteigen.

Es gibt aber auch immer wieder Personen, denen Althof nicht zum Ausstieg verhelfen konnte. Wenn eine Person ideologisch und programmatisch sei und abgeschottet in einem geschlossenen Gedankengebäude lebe, so sei sie fast nicht mehr erreichbar, führt Althof aus. Zu diesen Personen gehörte zum Beispiel Valdet Gashi. Der bekannte Thaiboxer wuchs in Deutschland auf und hielt sich später auch in der Schweiz auf. Obwohl Samuel Althof wusste, dass Gashi nicht mehr erreichbar war, versuchte er es trotzdem. Es gebe immer Gründe, die ihn dazu veranlassen würden, zu handeln, zumal auch die Angehörigen dieser Personen mitbetroffen seien. Deshalb können diese Gründe gewichtig sein - im Falle von Valdet Gashi waren es seine beiden kleinen Töchter.

»Exklusionserfahrungen destabilisieren die ganze Persönlichkeit

Samuel Althof

Den Umgang der Medien mit der Berichterstattungen über Terror oder religiösen Extremismus wie den Jihad sieht Samuel Althof als ein Problem. Die Verantwortung seitens der Medien sei sehr gering. Da würden Berichte aufgebauscht und Tatsachen verzerrt. Genau das bringe nichts, da dies unter Umständen zu weiteren Ausschlusserfahrungen bei Betroffenen führen könne. Die Medien sollten vielmehr ruhig und analytisch berichten.

Im Jahr 2016 erhielt Samuel Althof den Fischhof-Preis für seinen unermüdlichen und jahrzehntelangen Einsatz in der Extremismusprävention. Der Preis gebe ihm ein Stück weit Kraft, da es oftmals nicht einfach sei, dieses Spannungsfeld auszuhalten, resümiert Althof. ◆

Mehr zum Thema: www.fexx.ch

TERRA SANCTA TOURS

1.-12. Oktober 2017

«Und jetzt geh! Ich bin mit dir.»

Mit Mose unterwegs
in der israelischen Negev-Wüste

Wanderexerzitien mit
Theres Spirig-Huber und Karl Graf, Bern

ab CHF 3150, inkl. Flug und Halbpension.

www.terra-sancta-tours.ch

TERRA SANCTA TOURS AG
Burgunderstrasse 91, 3018 Bern
Telefon 031 991 76 89

Steiniger Weg zur Integration

Während es in den Basler Halbkantonen eine kleine Anerkennung für muslimische Gemeinschaften gibt, feilt der Kanton Zürich an einem Konzept mit dem Ziel, grössere Kontrolle über muslimische Seelsorger zu erlangen

FOTO: SYVIA STAM

Imam Halilovic sieht den Staat in der Pflicht

Von Sylvia Stam

Es geht die Angst um, dass im Ausland ausgebildete Imame hierzulande extremistisches Gedankengut predigen. Die Frage, wie gross diese Gefahr ist, ist allerdings schwer zu beantworten. Gemäss Saïda Keller-Messahli, Präsidentin des *Forums für einen fortschrittlichen Islam*, gibt es in der Schweiz etwa 300 Moscheen. In sehr vielen davon sei radikales Gedankengut die Norm, schätzt sie aufgrund eigener Recherchen. Sie verweist auf einen Artikel im *Tages-Anzeiger* (3. 6. 2016), der von etwa 30 salafistischen Predigern in hiesigen albanischen Moscheen spricht.

Sakib Halilovic, Imam der bosnischen Gemeinschaft in Schlieren und Vorstandsmitglied in der *Vereinigung Islamischer Organisationen in Zürich* (VIOZ), geht hingegen davon aus, dass in den drei grossen islamischen Volksgruppen in der Schweiz, den albanischen, bosnischen und türkischen Gemeinschaften, »nichts passiert«, weil diese über starke interne Strukturen verfügten, die auch eine Qualitätssicherung beinhalte.

Schweizer Radio SRF schätzt die Anzahl Imame in der Schweiz auf rund 200. Davon wurde nur ein kleiner Teil durch das *Staatssekretariat für Migration* SEM registriert, denn dieses prüft lediglich jene ausländischen Imame, die aus Drittstaaten kommen, also weder aus der EU noch aus der EFTA, und um eine Erwerbstätigkeit nachsuchen. Für diese verlangt das SEM unter anderem, dass sie neben der beruflichen Qualifikation Kenntnisse in der jeweiligen Landessprache auf Niveau B1 haben und »mit dem gesellschaftlichen und rechtlichen Wertesystem in der Schweiz vertraut« sein müssen und dieses auch anderen vermitteln können. Soweit der Buchstabe des Gesetzes.

In der Praxis sieht es allerdings anders aus. »Die grosse Mehrheit der in der Schweiz tätigen religiösen Betreuungspersonen sind dem SEM nicht bekannt«, gibt dieses selber zu, denn die Mehrheit der ausländischen Imame ist entweder als EU-Bürger, über Familiennachzug oder als Asylsuchende in die Schweiz eingereist. Derzeit wird auf verschiedenen Ebenen nach Wegen gesucht, wie der Staat dennoch ein Minimum an Kontrolle über die Tätigkeit der ausländischen Imame ausüben könnte.

In dem Zusammenhang verweist Keller-Messahli auf das Islamgesetz in Österreich. Dieses verbietet, dass Imame aus dem Ausland finanziert werden – laut Keller-Messahli eine der grössten Gefahren für radikales Gedankengut. Als muslimische Seelsorger kommen laut dem Islam-Gesetz nur Personen in Betracht, die aufgrund ihrer Ausbildung und ihres Lebensmittelpunktes in Österreich fachlich und persönlich dafür geeignet sind. Wäre das nicht auch ein Weg für die Schweiz?

Vertrauensverhältnis aufbauen

Nein, sagt die Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr. Die Regelung in Österreich sei historisch begründet, so die Vorsteherin der *Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich* (JI), zu deren Ressort auch die Religionsgemeinschaften gehören. Das Islamgesetz bestehe bereits seit 1912 und sei 2015 erneuert worden, schreibt Fehr in einer von ihr komplett überarbeiteten Version des Telefongesprächs, das der *aufbruch* mit der Zürcher Justizdirektorin führte.

Laut dieser überarbeiteten Version argumentiert die SP-Regierungsrätin weiter, im Kanton Zürich sei ein Gesetz über die Anerkennung von Religionsgemeinschaften 2003 von den Stimmberechtigten abgelehnt worden. Dieses hätte die Bedingungen für eine Anerkennung einer Religionsgemeinschaft aufzeigen können. Solche stünden nun nicht zur Verfügung.

Erforderlich für eine Anerkennung sei laut Fehr vielmehr eine Verfassungsänderung, ohne dass dabei klar wäre, welche Bedingungen eine interessierte Religionsgemeinschaft zu erfüllen hätte. Gesetzliche Regelungen für den Umgang des Staats mit Religionsgemeinschaften würden ausser dem Grundsatz der Religionsfreiheit nicht bestehen. Natürlich sei es wichtig, so Fehr weiter, dass der Staat wisse, wo die Religion zur Radikalisierung missbraucht werde. Gerade auch deswegen hält sie einen verbindlichen Kontakt mit den muslimischen Gemeinschaften für zentral. Ein solcher Kontakt nütze auch den Religionsgemeinschaften, weil er Orientierung für sinnvolle Massnahmen bieten könne.

Wichtig seien neben der Diskussion um eine staatliche Anerkennung der Aufbau eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses, betont Fehr weiter. Dieses werde am besten über ein gemeinsames Engagement erreicht, zum Beispiel für Projekte wie den Aufbau einer Seelsorge für die muslimische Bevölkerung.

Eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern der beiden grossen Landeskirchen und der muslimischen Gemeinschaften arbeite derzeit im Kanton Zürich an einem Konzept, das eine muslimische Seelsorge in Institutionen wie Spitälern aufbauen und dabei auch deren Qualität sichern solle (ursprünglich unter dem Begriff »Notfall-Seelsorge«, siehe Kasten). Ähnlich wie im Bereich der Gefängnisseelsorge arbeite der Kanton dabei mit der Dachorganisation der muslimischen Gemeinschaften, der VIOZ, zusammen.

Derzeit sei die Arbeitsgruppe daran, gemeinsam die Voraussetzungen zu definieren, die bei einer Seelsorge in Institutionen allgemein gelten sollten. Wenn es gelinge, den Qualitätsanschluss an die christlichen und jüdischen Organisationen zu erreichen, sei damit auch ein Prozess etabliert, der verhindere, dass Fanatiker Seelsorge betreiben würden – und der dies auch laufend kontrolliere. Es sei zudem möglich, dass auch die »soziale Kontrolle« in den muslimischen Gemeinschaften stärker spielen würde.

FOTO: WOLF SÜDBECK-BAUR

Lilo Roost Vischer: »Religionsgemeinschaften müssen für die kantonale Anerkennung in Basel Religionsfrieden und die Rechtsordnung respektieren«

Bei der Auswahl ihrer Seelsorger könne der Staat aber den muslimischen Gemeinschaften ebenso wenig wie den anerkannten Religionsgemeinschaften Vorgaben machen. Der Staat könne jedoch sehr wohl für die Seelsorge in staatlichen Institutionen Zulassungsvoraussetzungen festlegen. Seien solche Zulassungsvoraussetzungen festgelegt, könne der Staat bei deren Verletzung eingreifen. Letztes Mittel des Rechtsstaats sei schliesslich das Strafrecht. Dies komme zur Anwendung, wenn beispielsweise ein Imam zu Gewalt aufruft, wie das im Fall der An'Nur Moschee der Fall gewesen sei.

In Teilbereichen könne der Staat auch über einen Leistungsauftrag Vorgaben machen: »Wenn der Staat beispielsweise die Jugendarbeit einer muslimischen Gemeinschaft finanziert, kann er das an gewisse Auflagen knüpfen«, so Fehr.

Kleine Anerkennung

Im Unterschied zur öffentlich-rechtlichen Anerkennung, zu deren Erlangung es eine kantonale Volksabstimmung braucht, gibt es in einigen Kantonen eine leichtere Variante: In Basel-Stadt hat die *Alevitische Gemeinde Regio Basel* seit 2012 die sogenannte »kantonale« oder »kleine« Anerkennung, die vom Parlament verliehen wird. Die Religionsgemeinschaft bleibt aber weiterhin privatrechtlich organisiert, erklärt Lilo Roost Vischer, Koordinatorin für Religionsfragen im Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt. Die Basler Verfassung hält dazu als eine von vier Voraussetzungen lediglich fest, die Religionsgemeinschaft müsse »den Religionsfrieden und die Rechtsordnung respektieren«.

Laut Roost Vischer ist vor allem das Prozedere zur Anerkennung von Bedeutung. Wenn bei der Prüfung des Gesuchs festgestellt werde, dass die Religionsgemeinschaft den Religionsfrieden oder die Rechtsordnung nicht respektiere, empfehle die Regierung, das Gesuch abzulehnen. Darüber entschieden wird im Parlament. Es handelt sich hier also um einen demokratischen Prozess, der prüfende und kontrollierende Elemente enthält. Im Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat von Basel-Stadt heisst es beispielsweise, die Aleviten fühlten sich der Humanität verpflichtet und respektierten Meinungs- und Religionsfreiheit, sie lehnten Gewalt und Missionierung ab.

Roost Vischer hält die kleine Anerkennung für einen sinnvollen Weg, um »in der Schweizer Gesellschaft anzukommen«, weil sich die Religionsgemeinschaften nach demokratischen Grundsätzen organisieren müssen. Für die Schweizer Gesellschaft gehe es umgekehrt darum, sich aktiv mit der Multireligiosität auseinanderzusetzen.

Neben der rechtlichen Anerkennung erwähnt aber auch sie die Bedeutung anderer Instrumente wie regelmässige Kontakte zu den Moscheevereinen und den *Runden Tisch der Religionen beider Basel*. Hier diskutieren Mitglieder von zwei Dachverbänden und 13 Kirchen und Religionsgemeinschaften zusammen mit Kantonsvertretern beider Basel aktuelle Themen aus Verwaltung und Politik sowie Anliegen der Religionsgemeinschaften.

» Die kleine, kantonale Anerkennung ist ein sinnvoller Weg, um in der Schweizer Gesellschaft anzukommen

Lilo Roost Vischer

Staat soll ersten Schritt machen

Imam Halilovic sieht durchaus ebenfalls Möglichkeiten für eine staatliche Kontrolle. Er schildert das Modell eines Vertrags zwischen dem Staat beziehungsweise dem Kanton und den islamischen Gemeinschaften. »Ein solcher Vertrag, der auch punktuell sein kann, legt die Rahmenbedingungen zwischen dem Kanton und dem kantonalen islamischen Dachverband – beispielsweise der VIOZ – fest.« Der Vertrag würde die Rah-

Bereitschaft zum interreligiösen Dialog ist ein Muss

Wer als muslimischer Seelsorger im Kanton Zürich arbeiten will, muss sozialverträgliche Kriterien erfüllen

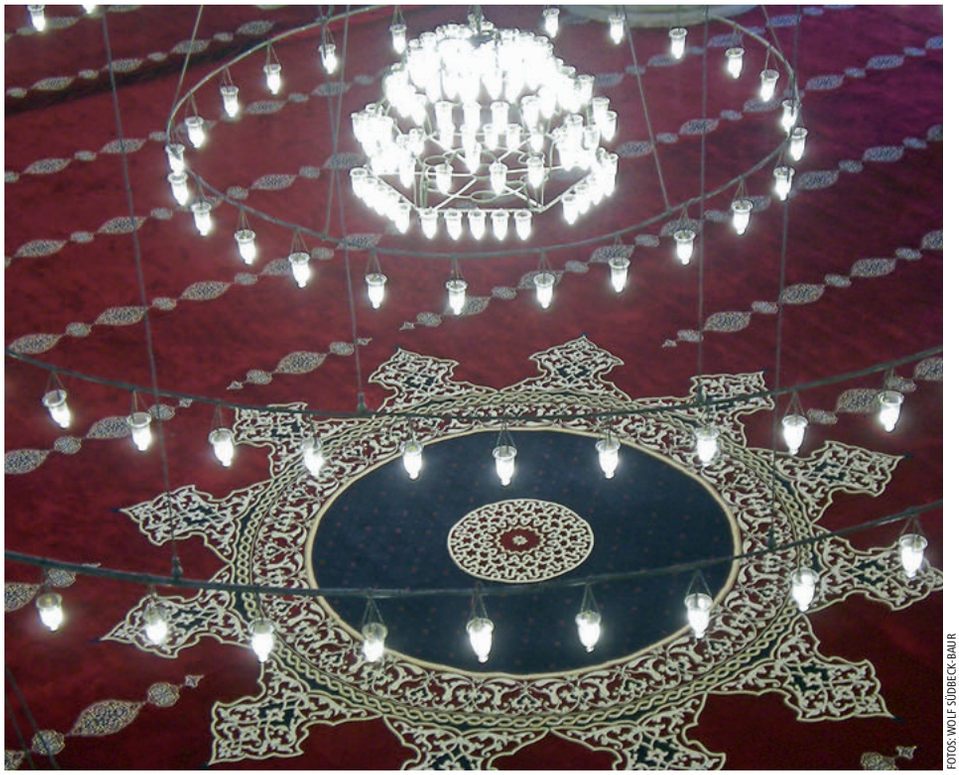
Das Projekt, bei dem es um die Qualitätssicherung muslimischer Seelsorge in Institutionen wie *Blaulicht* und Spitälern geht, geht auf eine Initiative der VIOZ zurück, die anfänglich »Muslimische Notfallseelsorge« hiess, wie Deniz Yüksel von der Fachstelle für Integrationsfragen der Zürcher Justizdirektion erklärt. Weil an einem ersten Durchlauf der Ausbildung, die durch die VIOZ verantwortet wurde, auch Mitglieder des fundamentalistischen Vereins *Islamischer Zentralrat Schweiz* teilnahmen, wurde die Finanzierung des Pilotprojekts vom Lotteriefonds sistiert.

Muslimische Seelsorger müssen Gemeindeerfahrung und Bildung mitbringen. Im Bild: Koran-Ständer aus dem 16. Jh., Museum f. islam. Kunst , Berlin

Im Herbst 2016 wurde nun unter der Ägide der kantonalen *Direktion der Justiz und des Innern* (JI) eine Arbeitsgruppe gebildet, welche die Fortsetzung des Projekts sicherstellen soll. Nebst der JI und der VIOZ sind auch Vertreter der beiden grossen Landeskirchen in der Arbeitsgruppe. Kurzfristiges Ziel ist es, gemeinsame Mindestvoraussetzungen für Seelsorgepersonen festzulegen, um letztlich eine Qualitätssicherung in der muslimischen Seelsorge in Institutionen zu garantieren.

»Wir haben in einem ersten Schritt Kriterien zusammengestellt, welche die Personen erfüllen müssen, damit sie im weiterführenden Projekt mitmachen können.« Konkret nennt die Arbeitsgruppe folgende Kriterien: allgemeine Vorbildung und Gemeindeerfahrung, eine seelsorgespezifische Ausbildung, die Autorisierung der islamischen Gemeinschaft, also des jeweiligen Vereins, in dem sie sich bereits engagieren, eine Sicherheitsprüfung sowie die Bedingung, dass die Person keinem eher fundamentalistisch ausgerichteten Verein angehört.

Die beiden Landeskirchen haben in dem Bereich bereits grosse Erfahrung, die sie bereit sind, an die VIOZ weiterzugeben. »Auch muss die Person unbedingt Bereitschaft zum interreligiösen Dialog zeigen«, so Yüksel. Des Weiteren nennt sie persönliche Kompetenzen wie Sozialkompetenz und Teamfähigkeit. Derzeit ist mit etwa fünf Personen aus den ersten beiden Ausbildungsgängen, die diese Kriterien erfüllen, eine Fortsetzung des Projekts geplant. Bei der Frage nach Kontrolle gelte es, mit den beteiligten Partnern eine Vertrauensbasis aufzubauen, was mithilfe der gemeinsam festgelegten Kriterien besser werde gelingen können, so Yüksel. **Sylvia Stam**



FOTOS: WOLF SUDBECK-BAUR

Moscheevereine können nicht zur Zusammenarbeit mit muslimischen Dachverbänden gezwungen werden. Der Kanton Zürich betrachtet dies mit Sorge

menbedingungen und Qualitätsstandards festlegen. Die Verantwortung für die Kontrolle wäre damit beim islamischen Dachverband. »In diesem Vertrag gäbe es eine Klausel, dass eine Moschee nicht mehr selbständig einen Imam anstellen kann. Alle Gemeinschaften, die in der VIOZ sind, würden verpflichtet, das in Kooperation mit der VIOZ zu tun.« Damit, so Halilovic, hätte man eine Kontrolle darüber, wer in einer Moschee tätig ist, was diese Person denkt, wie sie ausgebildet wurde usw.

Die An' Nur-Moschee war allerdings formell Mitglied der VIOZ. Halilovic gibt zu bedenken, dass man bis jetzt keine Moschee dazu verpflichten könne, mit dem Dachverband zu kooperieren. Die oben beschriebene Vertragskonstruktion würde zwischen den muslimischen Gemeinschaften mehr Verbindlichkeit schaffen. Nach wie vor könnte ein Mitwirken aber gegen den Willen einer Gemeinschaft nicht erzwungen werden – analog zur jetzigen Situation mit den Landeskirchen, neben denen es zahlreiche, als Vereine organisierte Freikirchen gibt, die nicht Teil der Landeskirchen sind.

Halilovic sieht eher pragmatische Gründe als Ursache, weshalb keine solchen Verträge abgeschlossen werden: Einerseits fehlten den muslimischen Gemeinschaften die personellen und finanziellen Ressourcen, um Gespräche mit dem Kanton aufzunehmen. Anderseits wäre es aber Sache des Staats, den ersten Schritt auf die Muslime zu zu machen, weil der Staat verpflichtet sei, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Bei soviel gegenseitigem Verständnis dürfte es nicht allzu schwer fallen, die laufenden Projektarbeiten in Zürich (s. Box) zu einem guten Ende zu bringen. ◂▸

Das Schweigen der Männer

Die Nichtwahl eines Nachfolgers für den Churer Bischof ist Geschichte. Was bleibt, sind viele Geschichten wie diese – und Vitus Huonder. Eine essayistische Hirtengeschichte

FOTO: WOLF SÜDBECK-BAUR

Von Franz Osswald

Wahlen. Das heisst in der Schweiz, dass jene, die das Volk regieren, von diesem gewählt werden. Das Wahlvolk kennt die Kandidierenden und ihr Programm. Die Wahlen sind nur insofern geheim, als dass niemand seine getroffene Wahl offenlegen muss. In der Schweiz gibt es indes noch andere Völker – Kirchenvölker. Eines davon, das römisch-katholische, ist bei der Wahl ihres Hirten, dem Bischof, ausgeschlossen. Dies, weil Katholiken Volk und Regierung trennen, Laien und Klerus. Letzterer konstituiert sich weitgehend selbst und regiert dann über sein Kirchenvolk. Pfarrer kann das Volk zwar wählen, aber auch nur durch Bischofs Gnaden, sprich Missio. Das römisch-katholische Fussvolk ist weitgehend entmündigt.

Das gilt auch für die Schäfchen des Bistums Chur bei der Suche eines Nachfolgers für »ihren« Hirten, Vitus Huonder. Es sind geheime Geheimwahlen, denn es wird nicht nur tunlichst vermieden, mögliche Kandidaten zu nennen. Nein, selbst wenn es diese gibt (und es wird gemunkelt, dass dem so sei), outen sie sich nicht als solche, geschweige denn würden sie dem Kirchenvolk ihr Programm vorstellen. Nur wer explizit nicht gewählt werden möchte, wie Alain de Raemy, der Freiburger Weihbischof, lässt dies verlauten.

Ansonsten herrscht Funkstille. Sie erstreckt sich vom liberalen bis zum konservativen Flügel, von jenen, die einen Kurswechsel wünschen, bis zu jenen, die am eingeschlagenen Weg festhalten wollen. Bei den Juden darf man den Namen Gottes nicht nennen, bei den Katholiken die Namen möglicher Kandidaten für das Bischofsamt. Nur einem erlauchten Kreise von Auserwählten bleibt es bei diesem Wahlprozedere vorbehalten, die Namen zu kennen: dem Papst, dem Schweizer Nuntius und – bei der Wahl – dem 24-köpfigen Domkapitel. Doch selbst diesem werden nur drei der sechs Vorschläge offengelegt. Das hiesige Kirchenvolk bekommt davon gar nichts mit, es sei denn das Wahlresultat. Die Laien dürfen punkto Wahl beten und

» An uns liegt es, alles in unserer Macht stehende zu unternehmen, damit der Kirche kein weiterer Haas oder Huonder eingebrockt wird

Jacqueline Keune

dem heiligen Geist vertrauen – auch Journalisten.

Beten und/oder handeln?

»Besten Dank für Ihre Anfrage, die Sie an Generalvikar Josef Annen gerichtet haben. Ich bitte Sie um Verständnis, dass der Generalvikar weder zum bevorstehenden Rücktritt des Bischofs noch zu Spekulationen bezüglich der Nachfolgeregelung einen Kommentar abgibt. Etliche Pfarreien schliessen sich der Initiative der Dominikanerinnen von Ilanz an und beten für eine gute Bischofsnachfolge. Das Gebet ist wohl das Sinnvollste, was wir im Moment tun können.« So die Antwort von Arnold Landtwing, Informationsbeauftragter des Generalvikariats für die Kantone Zürich und Glarus, auf meine Anfrage an Josef Annen, Generalvikar des Kantons Zürich.

Vielleicht habe ich zu konkret gefragt. Nämlich – es bleibt der einzige Name eines möglichen Kandidaten in diesem Artikel – nach Andreas Rellstab.

Nach seinem Rücktritt als Bündner Generalvikar stellte sich Josef Annen voll hinter Rellstab: »Andreas Rellstab steht über alle Zweifel treu zur Kirche und ist ein sehr fähiger und loyaler Mitarbeiter des Bischofs. Er hat zum Besten der Seelsorge in Graubünden gewirkt. Es berührt uns schmerzlich, dass auch er nicht mehr mit dem Bischof zusammenarbeiten konnte. Wir müssen feststellen: Mit Ernst Fuchs (Anm. d. Red.: Regens des Priesterseminars und ebenfalls zurückgetreten) und Andreas Rellstab wurden zwei unserer besten Leute in kurzer Zeit ›verheizt‹.«

Vom Hören und Sagen

Statt zu beten, telefonierte ich Erwin Koller, Präsident der »Herbert Haag-Stiftung für Freiheit in der Kirche«. Namen wüsste er genügend, lässt mich Koller wissen, aber sie zu nennen, würde den Genannten mehr schaden als nützen. Und zu Andreas Rellstab meinte er: »Guisep Nay, der alt Bundesrichter und Bündner, hat den Weg von Andreas Rellstab besser mitverfolgt als ich.« Und Guisep Nay? »Ich habe Andreas Rellstab nie persönlich getroffen, sondern nur über sein Wirken gehört. Nichts Gutes.« Er nennt eine weitere Person aus Zizers, »die Rellstab sehr kritisch gegenüber steht«. Sie würde ihn ins Gebet nehmen, da bin ich mir sicher, aber nicht im Sinne der Dominikanerinnen von Ilanz.

Gerade mal einen Pfarrer habe ich gefunden, der »sich sehr freuen würde, wenn Andreas Rellstab zum Bischof des Bistums Chur gewählt würde«. Seinen Namen möchte der Seelsorger dafür nicht in der Zeitung lesen. Mit Chur und Basel hat er in zwei Bistümern gearbeitet, die unterschiedlicher nicht sein könnten.

Heute hält er wieder Chur die Treue – und *Radio Maria*, bei dem die Familie Rellstab im wahrsten Sinne des Wortes den Ton angibt. Ein Blick ins Programm und ein Ohr voll gehört, festigt den Eindruck, dass es sich um einen äusserst konservativ ausgerichteten und der kirchlichen Obrigkeit hörigen – und von dieser gehörten – Sender handelt. Dass besagter Pfarrer Andreas Rellstab von seinen Studienzeiten her in Rom kennt, legt offen, dass auch in der Kirche nebst dem Gebet »Connections« zu den unverzichtbaren Zutaten gehören – wohl verstanden nicht jene zum Kirchenvolk.

Verwalter oder Gestalter?

Wenn die Männerkirche sich in Schweigen hüllt, liegt es nahe, eine Frau zu fragen: die Luzerner Theologin und Autorin Jacqueline Keune, Mitglied der Allianz *Jetzt reicht's*. Nicht, dass Keune etwas gegen das Beten hätte, ist sie doch selbst Verfasserin von Gebeten. Dennoch rät sie mir im Zusammenhang mit der Bischofswahl dezidiert davon ab: »Nein, das Gebet um eine gute Nachfolge werde ich Ihnen nicht empfehlen. So wenig es Gottes Sache ist, die Flüchtenden zu bergen und beherbergen und dafür zu sorgen, dass die Hungernden zu essen haben, so wenig ist es Gottes Sache, dem Bistum Chur und der Kirche Schweiz einen fähigen und würdigen Bischof zu organisieren. An uns liegt es, alles in unserer (wenn auch beschränkten) Macht Stehende zu unternehmen, dass der Kirche kein weiterer Haas oder Huonder eingebrockt wird.«

» Nur wer explizit nicht zum Bischof gewählt werden möchte, wie Alain de Raemy, der Freiburger Weihbischof, lässt dies verlauten

Franz Osswald

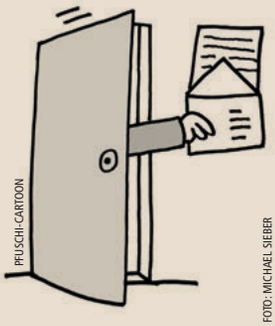
Jetzt reicht's setzt in Bezug auf eine mögliche Nachfolge auf einen Administrator, wie »sattsam bekannt« sei, schreibt Keune. Sie ist der Meinung, »dass es fähige, den Menschen und ihren Sorgen und Bedürfnissen zugewandte Priester gibt, deren pastorale und theologische Ausrichtung sich am Alltag der Menschen und den Realitäten der Welt orientierten.« Priester also, die wählbar wären und glaubwürdige Bischöfe abgäben. Sie selbst werde aber keine Namen nennen, »weil es a) der Sache nichts bringt, und weil es b) den Genannten mehr schaden als nützen würde – auch dies meine persönliche Einschätzung.« Meine ganz persönliche Einschätzung: Ist nicht Vituos Huonder, der Glaubensbewahrer, nichts anderes als ein Administrator? Ein Verwalter statt Gestalter des Glaubens.

Göttliche Eingebung?

Wenn es aber, wie Jacqueline Keune es sagt, Sache der Menschen sei, für eine gute Wahl zu sorgen, wer soll es dann richten? Die Luzerner Theologin: »Meine persönliche Hoffnung geht klar auch zu Papst Franziskus hin, der offenbar gut über die Situation im Bistum Chur orientiert ist.« Ihre Hoffnung nährt sich aus einem Gespräch mit dem Schweizer Nuntius, Thomas Gullickson. Bei einem Empfang der Nuntien sei Papst Franziskus auf ihn zugekommen, so Gullickson, und habe als erstes gefragt: »Nun, was machen wir mit dem Bistum Chur?«

Auch wenn mir Gullicksons Antwort nicht bekannt ist: Sie hat sich offensichtlich in einem konkreten Namen kristallisiert. Es bleibt die offene Frage, wer dafür verantwortlich ist: der Mensch, das Gebet, der Heilige Geist? Auch eine Dreierliste – die einzige im Zusammenhang mit der Bischofsnachfolge, die allen Katholiken eine Wahl erlaubt. Aber das ist kein wirklicher Trost. Dieser trägt einen anderen Namen: Ostern 2019. ◆

Gastkolumne



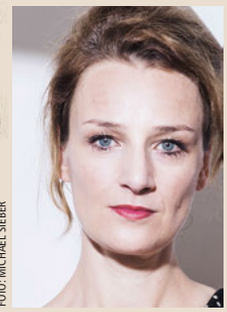


FOTO: MICHAEL SIEBER

Der feministische März

Im Anschluss an den Women's March in Washington, an dem Millionen Menschen gegen die Wahl von Donald Trump demonstrierten, kamen auch in der Schweiz verschiedene Frauenbewegungen wieder in die Gänge. So wurde am 8. März, dem internationalen Frauentag, die Zwingli-Statue in Zürich mit einem gigantischen Pussy Hat gekrönt, am 18. März demonstrierten über 15 000 am Zürcher Women's March gegen Rechtsnationalismus und für Frauenrechte. Feminismus kann also für eine vielfältige, inkludierende Politik aufstehen. Klar wurde auch, dass Feminismus eine wichtige Kraft gegen Rechtsnationalismus und Menschenfeindlichkeit ist, die sich zudem wehrt, von rechts vereinnahmt zu werden. Viele feministische Themen – z. B. Frauenhandel, Zwangsverheiratung – werden derzeit von rechts instrumentalisiert, um eine asyl- und ausländerfeindliche Politik durchzusetzen. Rechtspopulistische Akteure schreien nach Frauenrechten, weil sie dadurch Migranten oder Geflüchtete diskreditieren können. Einige, wie zum Beispiel *Terre des Femmes Schweiz,* entwickeln dennoch wichtige Expertisen und Angebote in diesen Bereichen. Denn: Wer wirklich am Wohl von Frauen interessiert ist, inszeniert keine Schein-Manöver wie Burka-Verbote, sondern richtet niederschwellige Beratungsstellen ein, sorgt dafür, dass Frauen Zugang zu Gesundheitsversorgung haben, setzt sich für reproduktive Rechte ein und tritt in einen interkulturellen Dialog mit Akteurinnen aus verschiedenen Communities. Das ist es, was es wirklich braucht.

Franziska Schutzbach lehrt an der Uni Basel Geschlechterforschung und arbeitet bei www.terre-des-femmes.ch mit.

Amnesty Schweiz stört sich daran, dass die Schweiz in Sachen Dublin-Rückführungen europaweit die Nase ganz vorne hat. Deshalb hat die Menschenrechtsorganisation an ihrer Generalversammlung in Basel einen Appell gegen die sture Anwendung der *Dublin Verordnung* verabschiedet. Gemeinsam mit *Solidarité Tattes*, *Collectif R*, *Solidarité sans frontières* und *Droit de Rester* fordern sie in einem nationalen Appell den Bundesrat auf, Dublin-Rückschaffungen zu vermeiden, wenn Kinder mit betroffen sind oder Menschen, die medizinische Betreuung benötigen. »Dieser übertriebene Formalismus kann bei den Betroffenen die psychische und physische Gesundheit beeinträchtigen und zu einer Verletzung ihrer Grundrechte sowie der Rechte von Kindern führen« sagt Denise Graf, Asylexpertin von *Amnesty Schweiz,* in der Medienmitteilung.

FOTO: © MARIO HELLER

Amnesty Schweiz

Andreas C. Müller, Redaktionsleiter des Aargauer Pfarrblatts *Horizonte,* wollte wissen, wie nachhaltig kirchliche Pensionskassen sind und entdeckte Unschönes. Prominent in den Pensionskassenportfolios vertreten seien Firmen, welche sichere Renditen versprechen. Dabei handelt es sich um Konzerne wie *Apple, Samsung, Novartis, Nestlé* oder *Exxon Mobil*. Menschenrechts- und Umweltorganisationen setzten hinter diese Firmen Fragezeichen. Müller sieht Möglichkeiten, dem moralischen Anspruch der Kirche auf der einen und den Wunsch nach Rendite auf der anderen Seite gerecht zu werden, indem beispielsweise auf »Best Class-Firmen» gesetzt wird. Auch gelte es, sich für Umweltthemen zu sensibilisieren. «Das kann soweit gehen, dass eine Pensionskasse sich selber CO_2-Ziele steckt«, sagt Müller gegenüber *Schweizer Radio* SRF. Das Dilemma vieler kirchlichen Pensionskasse liegt auch darin, dass häufig wenig personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. So werden kleine Kassen häufig nur nebenamtlich verwaltet. Die Lösung dafür sieht Müller in Form von Zusammenschlüssen kirchlicher Pensionskassen.

Papst Franziskus kritisiert aufs Schärfste die unhaltbaren Zustände in den Flüchtlingslagern und somit die Flüchtlingspolitik der EU. Im Rahmen eines Gottesdienstes zum Gedenken an die Märtyrer des 20. und 21. April (?)bezeichnete er ein Flüchlingscamp auf Lesbos, das er 2016 besucht hatte als »Konzentrationslager«. Diesen Vergleich stellte er an, als er von einem Flüchtling erzählte, den er im ägäischen Auffanglager getroffen hatte und dessen christliche Ehefrau aufgrund ihres Glaubens vor den Augen ihres Ehemannes getötet wurde. Das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche prangert die Missachtung der Menschenrechte im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik an und wünscht sich, dass der Rest Europas sich gegenüber den Migranten ebenso grosszügig wie Griechenland und Italien zeigen würde. Die Einwanderung sei im Interesse Europas, so der Papst.

Doris Strahm, feministische Theologin, konstatiert, dass zur Zeit progressiven Frauen ein rauer Wind entgegenweht. Dieses Fazit zog sie bei der Veranstaltung »Verweigerung von Frauenrechten aufgrund sogenannt christlicher Werte» Ende März. «Seit der vierten UNO-Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995, an der bekräftigt wurde, dass Frauenrechte Menschenrechte sind, bekämpfen fundamentalistische christliche Kreise sowie der Vatikan die reproduktiven Rechte der Frauen und ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung», zitiert *kath.ch* Strahm an ihrem Input-Referat. Die Publizistin beobachtet, dass die rechtskonservative Entwicklung in Politik und Gesellschaft dem «Anti-Genderismus» Vorschub leistet. Die engagierte feministische Theologin appelliert deshalb, eine «Politik der Gemeinsamkeit« anzustreben.

FOTO: ZVG

Doris Strahm

Moritz Leuenberger, alt-Bundesrat, outete sich kürzlich in der luzernischen Peterskirche als Lügner. Nach dem Uno-Klimagipfel in Kopenhagen 2009 habe er öffentlich von »konstruktiven Gesprächen» gesprochen, obwohl es sich um ein «Desaster» gehandelt habe. Damit habe er das damals aktuell diskutierte CO_2-Gesetz nicht gefährden wollen. Gleich zu Beginn seiner Rede zum Thema «Wahrheit» stellte der SP-Politiker klar, dass er «nicht an eine absolute Wahrheit glaube», wie *kath.ch* berichtet. Vielmehr seien in der Welt der Politik die Grenzen zwischen Wahrheit und Lüge fliessend. Bei den aktuellen Fake News müsse man versuchen, Sachverhalt und Meinung voneinander zu trennen, um sich «der Wahrheit zumindest zu nähern«.

Einzigartiger Studiengang

Der Studiengang »Spirituelle Theologie im interreligiösen Prozess« will Brücken zur Gesellschaft bauen. Fragen an Co-Projektleiter Christian Rutishauser SJ

FOTO: WWW.ZG.CH

Eine neue religiöse Sprache will der Lehrgang »Spirituelle Theologie im interreligiösen Prozess«, sagt Co-Projektleiter Christian Rutishauser

Von Celia Gomez

aufbruch: *Aus welchen Ideen und Bedürfnissen entstand der Studiengang »Spirituelle Theologie im interreligiösen Prozess«?*
Christian Rutishauser: Wir sind in einer Phase der Säkularisierung in unserer Gesellschaft und zugleich gibt es eine Rückkehr des Religiösen. Von daher braucht es heute eine neue Sprache, sowohl, um zu verstehen, was die eigene christliche Tradition und die Säkularisierung sind, als auch, um zu verstehen, was andere Religionen sind und wie sie sich in unserer Gesellschaft zeigen.

Was ist das Besondere dieses Studiengangs?
Christian Rutishauser: Es geht um einen theologischen Zugang zu den verschiedenen Religionen, einen Blick auf sie aus christlicher Perspektive. Verbunden wird er mit einem spirituellen Zugang. So liegt das Besondere im Format: Es gibt Seminareinheiten über mehrere Tage, die einen theoretischen Teil und einen praktischen Teil beinhalten, z.B. eine Zen-Meditation. Diese Mischung von Einüben und Kennenlernen auf der spirituellen Ebene und Wissensvermittlung macht den Studiengang aus.

Wie setzt sich die Zielgruppe zusammen und welche Voraussetzungen sind nötig?
Christian Rutishauser: Es ist eine sehr breite Gruppe, die angesprochen ist. Darunter sind Leute in Kirchenberufen, helfenden und sozialen Berufen und Personen, die in der Freiwilligenarbeit tätig sind. Das Spirituelle spricht auch viele Menschen aus dem psychologischen und therapeutischen Bereich an. Andere absolvieren den Lehrgang aus persönlichem Interesse.

Was ist unter dem Begriff »Spiritualität« genau zu verstehen?
Christian Rutishauser: Spiritualität ist ein Modewort geworden, das oft sehr schwammig verwendet wird. Es hat mit »Spiritus Sanctus« zu tun, das heisst mit dem göttlichen Geist, dem Transzendenten oder dem Heiligen Geist. Spiritualität ist ein Leben, das sich prägen lässt durch den Geist Gottes. Es geht um den bestimmten Geist einer Religion und wie dieser ganz konkret im Leben greifbar wird.

Welche Rückmeldungen haben Sie aus Kirchen, religiösen Gemeinschaften und von Absolventinnen und Absolventen erhalten?
Der Studiengang wurde schon drei Mal durchgeführt, jeweils mit zwanzig bis dreissig Teilnehmenden. Einige Absolventen haben eine Anstellung speziell wegen dieser Qualifikation erhalten, da spirituelle Kompetenz heute sehr wichtig ist.

Ist beabsichtigt, die Absolventen unter anderem zu befähigen, im zivilgesellschaftlichen Bereich Brücken zu schlagen zwischen Religion als Ressource und dem säkularen Zeitgeist?
Christian Rutishauser: Dies ist sogar ein Hauptanliegen. Interreligiöser Dialog unter den Religionen allein genügt nicht. Es gibt die Religionen einerseits und die säkulare Gesellschaft andererseits. Dabei gilt es nicht nur von den Religionen her zu lernen, sondern die säkulare Gesellschaft muss wieder lernen, mit religiösen Traditionen umzugehen. Hier die Brücken zu schlagen ist etwas ganz Wichtiges, aber auch mit einem wissenschaftlichen Anspruch verbunden. Es ist ein universitäres Studium, in dem auch das säkulare Kritische gegenüber der Religion seinen Platz hat.

> »Unsere Gesellschaft braucht interreligiöse Kompentenz
>
> **Christian Rutishauser**

Welchen Mehrwert erhoffen Sie sich für die Gesellschaft durch diese Ausbildung?
Christian Rutishauser: Ich glaube, dass unsere Gesellschaft für das Zusammenleben interreligiöse Kompetenz braucht. Menschen mit verschiedenen religiösen Hintergründen oder säkulare Menschen leben miteinander, und damit das Gemeinwesen zusammenhält, braucht es eine neue religiöse Sprache. Jeder von uns braucht eine spirituelle Verwurzelung und einen Sinnhorizont, um sich in dieser Vielfalt orientieren zu können. Ohne diesen Sinnhorizont entstehen Burnouts, Orientierungslosigkeit und Fundamentalismus. Die interreligiöse Kompetenz hilft, ein eigenes Fundament zu finden, ohne dem Fundamentalismus zu verfallen oder davor Angst zu haben.

Stichworte zum Studiengang
Der Universitätslehrgang »Spirituelle Theologie im interreligiösen Prozess« ermöglicht, Religionen zu begegnen und Spiritualität zu vertiefen. Er bietet unter anderem eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit Grundfragen der Mystik und Frömmigkeitsformen anderer Religionen. Mithilfe pädagogischer Begleitung wollen die Organisatoren – Comundo/RomeroHaus, Lassalle-Haus und Uni Salzburg – spirituelle Grundlagen für das persönliche, politische und soziale Handeln neu erschliessen.

Mehr Infos: www.spirituelletheologie.ch
http://www.lassalle-haus.org/
http://commundo.org/

Populismus:
»Wahr ist, was ich fühle«

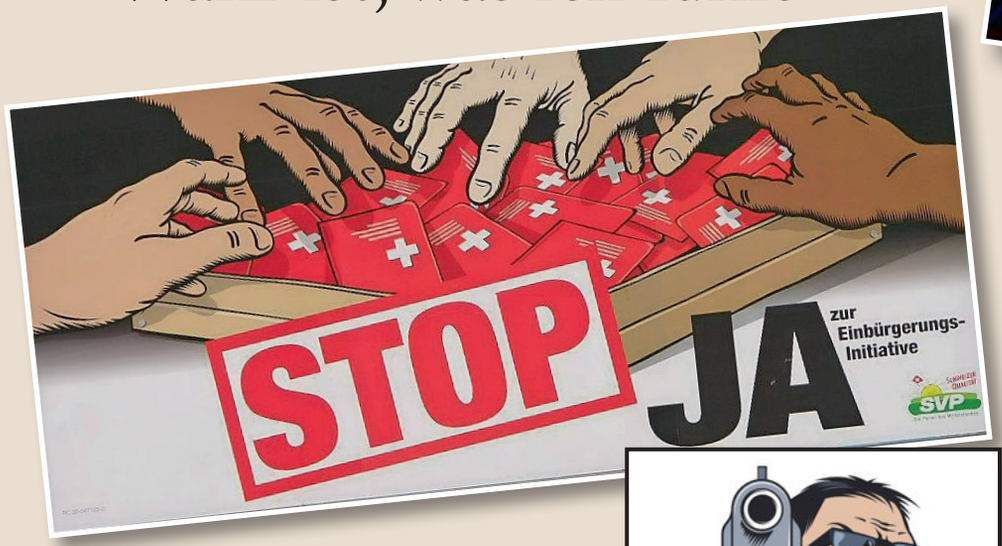


FOTO: XXXXX

Die Macht der Bilder Gefühle erzeugen statt mit Argumenten kämpfen: SVP-Plakate

Für Populisten sind Fakten zweitrangig. Sie betonen das »Recht auf die eigene Befindlichkeit«, auch wenn diese auf diffusen Empfindungen beruht. Das eröffnet »alternativen Fakten« Tür und Tor

Von Christian Urech

Zu Populismus kommt mir als allererstes die Redensart »Dem Volk nach dem Maul reden« in den Sinn. Da stellt sich natürlich sofort die Frage: Wer ist »das Volk«? Und wie oder was denkt »das Volk«? Zunächst einmal: Das Volk, das sind wir, und zwar ausdrücklich und explizit »wir« im Gegensatz zu den »anderen«, den Fremden, den Störenfrieden, den Sündenböcken, den Parasiten, den Scheininvaliden, den Flüchtlingen und andern Eindringlingen. Und die anderen, das sind auch die geheimnisvollen Eliten, die intellektuellen Besserwisser, die Linken und Gutmenschen, die geheimen Strippenzieher, Professoren und Richter, Illuminaten und jüdische Weltverschwörer. Zeichen des Populismus sind auch gezielt gestreute Widersprüchlichkeiten, die Milliardärspartei, die vorgibt, die Sache der »kleinen Leute« zu vertreten, der Sexist, der sich für eine strengere Sexualmoral und gegen Abtreibung starkmacht. Es bedeutet, den Freiheitsgedanken zu vertreten und gleichzeitig Zero-Tolerance gegen Kleinkriminelle zu fordern. Ein anderes Kennzeichen des Populismus besteht in der Taktik, einfach etwas zu behaupten, ohne dass es mit Fakten belegt wird (das überlässt man den »Eliten«), oder auch hemmungslos zu lügen (resp. »alternative Fakten« zu verbreiten) – ohne die geringste Scheu, der Lüge überführt zu werden. »Jemand wird das, was ich behaupte, schon glauben (wollen)«, denkt sich der Populist. Und sowieso lügen alle Politikerinnen und Politiker dauernd, das wissen »der kleine Mann und die kleine Frau« von der Strasse schon längst, darüber regen sich doch bloss »Gutmenschen« auf.

Eine der Folgen des »Kommunikationsstils« von Populistinnen und Populisten besteht darin, dass die Grenzen des Sagbaren erweitert werden. Wenn ein Präsident der USA gegen Frauen, gegen Minderheiten, gegen Muslime und Immigranten Wörter der Ausgrenzung brauchen kann, wird der Rahmen erweitert.

Die Wissenschaft der »blauen Lüge«

Die Washington Post hat am 20. Februar 2017 nachgezählt: Demnach hat der US-Präsident allein seit seinem Amtsantritt bis zu diesem Tag 133 falsche oder irreführende Behauptungen in den Raum geworfen. Das sind knapp vier Unwahrheiten pro Tag.

Die Faktenchecker der Zeitung hatten sich vorgenommen, alle Aussagen zu prüfen, die Trump in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit tätigte. Das Ergebnis ist eindeutig: Auch als Präsident zeige Trump dieselbe Neigung zu zweifelhaften, irreführenden und falschen Aussagen, die er schon als Kandidat an den Tag gelegt habe, schreibt die Zeitung. Thematisch gehe es dabei in den meisten Fällen um Einwanderung (24), um Trumps eigene Biografie (18) und um Arbeitsplätze (17). Das letzte Beispiel einer Lüge ist durch die Aussage des inzwischen von Trump entlassenen FBI-Direktors James Comey Ende März vor dem Kongress belegt, dass es keinerlei

bestätigende Informationen hinsichtlich der Klage von Trump gebe, Obama habe sein Telefon abhören lassen.

Wie kommt der ehemalige Fernsehstar damit durch? Journalisten und Forscher schlagen verschiedene Antworten vor, geben den Medien die Schuld oder der Unwissenheit der Wähler. Aber es gibt eine einleuchtendere Erklärung, die bisher kaum jemand ins Feld geführt hat.

Kinder beginnen mit etwa drei Jahren, kleine selbstsüchtige Lügen zu erzählen, wenn sie entdecken, dass die Erwachsenen nicht in ihre Köpfe hineinschauen können. »Ich habe das Spielzeug nicht gestohlen; Papa hat gesagt, dass ich darf; der andere hat mich zuerst gehauen.« Mit ungefähr sieben lernen die Kleinen, auch sogenannt »weisse Lügen« zu erzählen, die durch Motive wie Mitgefühl und Takt bestimmt sind: »Das ist aber eine schöne Zeichnung; ich liebe es, zu Weihnachten Socken geschenkt zu bekommen; du bist lustig.«

»Blaue Lügen« sind gleichzeitig selbstsüchtig und mit positiven Auswirkungen für andere verbunden – aber nur für diejenigen, welche zur eigenen Gruppe gehören. Der Psychologe Kang Lee von der Universität Toronto erklärt »blaue Lügen« so: »Du kannst für deine Gruppe lügen, indem du zum Beispiel fälschlicherweise behauptest, dein Sportteam habe nicht betrogen, was zwar antisozial ist, aber deinem Team hilft.« Kinder tendierten immer häufiger zu »blauen Lügen«, je älter sie würden.

Lügen: angemessene Kriegsmittel

Wir sind zwar stark sozial orientierte Wesen, aber wir neigen auch dazu, uns in konkurrierende Gruppen zu teilen, die miteinander um Ressourcen wetteifern. Menschen können in ihrer Gruppe prosozial – mitleidend, empathisch, grosszügig, ehrlich – sein und gleichzeitig aggressiv antisozial gegenüber Aussenstehenden. »Menschen dulden stillschweigend Lügen gegenüber Feinden der Nation, und seit viele Menschen ihre politischen Gegner als ihre Feinde ansehen, mögen sie denken, dass Lügen, wenn sie sie als solche erkennen, angemessene Kriegsmittel sind«, sagt Politwissenschaftler George Edwards von der Texas A&M University.

Diese Art der Lüge gedeiht in einer Atmosphäre von Wut, Verbitterung und übermässiger Polarisierung besonders gut. Die Identifikation mit einer politischen Partei kann so stark sein, dass Kritik an ihr wie ein Angriff auf die eigene Person wirkt, was zahlreiche psychologische Abwehrmechanismen auslöst. Für Abermillionen von US-Bügerinnen und -Bürger ist der Klimawandel vorgetäuscht, ist Hillary Clinton die Betreiberin eines Kinderpornorings in einer getarnten Pizzeria, sind Immigranten die Verursacher von Verbrechen. Ob diese Menschen das wirklich glauben, ist letztlich irrelevant. Der Zweck heiligt die Mittel. Erfüllt die Lüge ihren Zweck, ist sie okay.

Und es kommt darauf an, von wem ein politisches Narrativ stammt. Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass Menschen eine Information vor allem dann glaubwürdig finden, wenn ihnen die Quelle als »ideologisch sympathisch« erscheint.

Als Beispiel für den Mechanismus der »blauen Lüge« sei ein CNN-Interview mit Newt Gingrich, Sprecher des Repräsentantenhauses und bis heute einer der wichtigsten Politiker der Republikaner, vom September 2016 erwähnt. Die Interviewerin sagt, Donald Trump lüge, wenn er von Gewalt und Kriminalität rede. Die Kriminalitätsrate in Amerika sei zurückgegangen. Es gebe weniger Gewaltverbrechen und Morde. Gingrich widerspricht: »Der durchschnittliche Amerikaner denkt nicht, dass die Kriminalitätsrate zurückgegangen ist. Er denkt nicht, dass wir sicherer sind.« Interviewerin: »Aber es ist so. Wir sind sicherer.« Gingrich: »Nein, das ist nur Ihre Sicht.« Interviewerin: »Das sind die Fakten des nationalen FBI.« Gingrich: »Was ich sage, ist ebenfalls ein Fakt. Die gegenwärtige Meinung ist, dass die Liberalen jede Menge Statistiken haben, die richtig sein mögen, aber das holt die Menschen nicht da ab, wo sie sind.« Gingrich sagt, auch Gefühle seien Fakten. Seine Partei schürt Gefühle wie Angst vor Gewalt und Angst vor Einwanderern. Nachdem die Angst geschürt ist, ist sie da. Nun ist sie ein Fakt.

Ein Grund für das Primat der Gefühle vor den Fakten verortet das Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich auch in der veränderten Mediennutzung der Menschen. Im »Jahrbuch Qualität der Medien« 2016 stellen die Autoren fest, dass sich viele Mediennutzer in der Schweiz nur wenig Zeit nehmen, um sich über das Weltgeschehen zu informieren. Und wenn sie es täten, nützten sie Gratisangebote oder Social-Media-Kanäle. Das mache sie möglicherweise empfänglicher für Populismus. Personen, die sich auf diese Weise informieren, werden in der Untersuchung als »News-Deprivierte« bezeichnet. Deprivation steht für Mangel – in diesem Fall für den mangelhaften Konsum qualitativ hochwertiger Medien. Mit 31 Prozent des Schweizer Medienpublikums bildet diese Gruppe inzwischen sogar die grösste Nutzergruppe überhaupt. 2009 lag ihr Anteil noch bei 21 Prozent.

Gefühle schaffen Fakten

Diese Überlegungen lassen sich leicht auf europäische – und mithin auch schweizerische – Verhältnisse übertragen. Ein Beispiel: SVP-Nationalrat und Asyl-Hardliner Andreas Glarner ist auch Präsident des Rechtsaussen-Vereins *Sicherheit für alle (Sifa)*. Dieser veröffentlichte laut *Blick* im Sommer 2016 ein Flugblatt, auf dem es almarmistisch hiess: »Schützen Sie sich vor Übergriffen!« Angeblich aufgeschreckt von widerlegten Nachrichten aus Deutschland, wonach die Polizei einen »enormen Anstieg« von Sexualstraftaten durch Ausländer in Freibädern festgestellt habe, bot *Sifa* mit diesem Flyer Taschenalarme und Pfeffersprays an – zum Schnäppchenpreis von 20 Franken. Auch in der Schweiz sei Vorsicht geboten, warnt der Verein und schreibt: »Leider ist die ›Sex-Mob-Welle‹ nun auch in die Schweiz übergeschwappt.«

Den Beweis dafür blieb *Sifa* allerdings schuldig. Anfragen des *Blick* bei Sportämtern, Badis und Polizeikorps ergaben denn auch, dass in diesem Sommer – ausser einem einzigen im *Sifa*-Flyer genannten Fall – keine weiteren Fälle von sexueller Belästigung oder gar Übergriffen bekannt geworden waren. »Wir hatten null Vorfälle«, hiess es etwa aus dem Sportamt der Stadt Zürich. Ähnlich tönte es von entsprechenden Stellen in Luzern, Bern und Basel.

Gefühle schaffen Fakten – auch in der Schweiz. Egal, ob ein Asylchaos oder der Dichtestress herbeigeredet wird, ob Flüchtlinge mit Terroristen und ganz allgemein »Ausländer« mit Kriminellen gleichgesetzt werden oder wie im aktuellen Fall im Zusammenhang mit der Energievorlage der Teufel einer kalt duschenden Schweiz an die Wand gemalt wird – es werden von der Partei mit dem Volk im Namen mit falschen oder verfälschenden Argumenten Gefühle kreiert, die dann von allen anderen – den Linken und Netten, dem politischen Establishment, den »Eliten« überhaupt – gefälligst ernst zu nehmen sind, denn schliesslich sei es »das Volk«, das so empfinde. ◂▸

Eine Langversion des Artikels mit zusätzlichem Infomaterial ist auf unserer Webseite aufbruch.ch zu finden.

Gehören die christlichen Feiertage abgeschafft?

Immer weniger Menschen erkennen in den Feiertagen den religiösen Hintergrund und feiern sie dementsprechend nicht mehr auf die traditionelle Weise. Grund genug, um die Feiertage aufzugeben – oder braucht es heute umso mehr diese kleinen Verschnaufpausen?

FOTO: ANDREAS KYRIACOU

Andreas Kyriacou, Präsident der Freidenker-Vereinigung der Schweiz und Initiant des Wissensfestivals Denkfest. Er ist Inhaber einer Beratungsfirma für Wissensmanagement und lebt mit seiner Partnerin.

Die Feiertage sind säkularisiert

Sie sind beliebt, die Feiertage, die an Ereignisse der christlichen Religionslehre erinnern sollen. Die Beliebtheit hat heute allerdings vornehmlich mit dem Freiraum zu tun, den sie uns bieten – wir können privaten Interessen nachgehen oder uns mit Freunden oder Familienangehörigen treffen. Das Bedürfnis, die Tage mit religiösen Inhalten zu füllen, ist hingegen am Schwinden.

Gemäss Erhebungen des *Bundesamtes für Statistik* nehmen 60 Prozent der Katholiken und über 70 Prozent der Reformierten höchstens fünfmal im Jahr an einem Gottesdienst teil, über ein Fünftel der Kirchenmitglieder verzichtet sogar ganz auf den Besuch. Dies und die stetig steigende Zahl der Konfessionslosen sollten Auswirkungen auf den gesetzlichen Umgang mit diesen Tagen haben.

Etliche Kantone geben einigen religiösen Feiertagen einen besonderen Stellenwert und verbieten dann nichtreligiöse Anlässe, im Kanton Zürich gehören dazu auch Sportveranstaltungen im Freien. Derlei anachronistische Verhaltensverbote gehören abgeschafft. Feiertage wie Auffahrt, Pfingsten oder der Bettag, bei denen die meisten die religiöse Bedeutung kaum mehr kennen, geschweige denn ihre Tagesplanung danach ausrichten, sollten in Gesetzestexten überhaupt nicht mehr als spezifisch religiöse Feiertage gelten. Will man die Zahl der Feiertage, die Arbeitstätigen zustehen, erhalten, wäre ein Ansatz im Stil der Englischen »Bank Holidays« eine gute Möglichkeit. Ostern und Weihnachten sollen ruhig offizielle Feiertage bleiben – wer sie wie nutzen will, das soll einfach jeder frei entscheiden dürfen. ◆

Diese Oasen braucht es

FOTO: WOLF SÜDBECK-BAUR

Simon Spengler, 54, kath. Theologe und Journalist, heute Leiter der Kommunikationsstelle der kath. Kirche des Kantons Zürich, früher Sprecher SBK und Bundeshausredaktor für BLICK und Sonntags-Blick.

Als Freiburger Katholik kenne ich die dortige Fronleichnamsprozession. Eine alte Tradition, ehemals Ausdruck von Pracht und Macht der katholischen Welt. Heute für die meisten Freiburger nur noch klerikal-karnevaleske Maskerade, an der mehr erstaunte Passanten am Strassenrand zuschauen als mitprozessieren. Ähnlich steht es um den 8. Dezember: Auch viele Katholiken wissen nicht mehr, was da eigentlich gefeiert wird. Aber es ist ein arbeitsfreier Tag.

Gehören diese Feiertage abgeschafft? Und wenn niemand mehr weiss, was Pfingsten ist, dieses Fest grad mit, Ostern und Weihnachten hinterher?

Man könnte mit »christlichem Abendland» und «Leitkultur« argumentieren, aber das reicht mir nicht. Denn erstens war das Abendland nicht immer christlich, zweitens sind die Zürcher nicht weniger christlich, weil sie an Fronleichnam arbeiten, dafür an Sechseläuten frei haben.

Was ist der tiefere Sinn des Feiertags? Die Unterbrechung des Alltags! Geschäften, werken, sich abmühen machen nicht das ganze Leben aus. Es gibt Tage, die sind der Verwertung des ewigen Strebens nach Gewinn und Profit entzogen. Oasen des freien Lebens. Einfach so, geschenkt. Auch mal mitten in der Woche. Solche Oasen haben wir nicht zu viele, sondern zu wenige! Ob die Mehrheit den religiösen Hintergrund eines Feiertags genau kennt, ist gar nicht so wichtig. Hauptsache, sie geniessen ihn. Das ist Gott wohlgefällig. Warum also nicht auch das Fastenbrechen der Muslime, das jüdische Laubhüttenfest als freien Tag für alle erklären? Und für Freidenker und andere Säkulare auch noch das Mittsommerfest. ◆

FOTO: VERA RÜTTIMANN

Die Powerfrau

Theologin Christina Aus der Au leitet das Zürcher Zentrum für Kirchenentwicklung und präsidiert den evangelischen Kirchentag. Und Zwingli lässt grüssen

Von Vera Rüttimann

Badischer Bahnhof in Basel, Montagabend. Christina Aus der Au steigt in die City Night Line nach Berlin. Der Schaffner nickt ihr zu. Er kennt die 51-jährige Theologin bereits, die seit 2010 theologische Geschäftsführerin des *Zentrums für Kirchenentwicklung* an der Universität Zürich ist. Er weiss zudem, dass die Vielreisende in Berlin nun auch ihren Terminen als Kirchentagspräsidentin nachgeht.

Die drahtige Frau lehnt sich zurück und denkt an ihr Jogging im Wald bei ihrem Wohnort Frauenfeld. »Aus der Natur schöpfe ich Ruhe und Kraft«, sagt sie. Ihre Naturverbundenheit war es wohl, weshalb sie ihre Dissertation über Umweltethik geschrieben hat. In ihrer Jugend in der Freikirche *Chrischona* aktiv, waren Religion und Spiritualität schon früh wichtige Lebensthemen. Später studierte Aus der Au in Tübingen und Zürich Theologie und Philosophie.

Fragen über die Beziehung zwischen Theologie und Neurowissenschaft, ein Bereich, in dem Christina Aus der Au viel Fachkenntnis aufweisen kann, brachte sie zu ihrem ersten Besuch auf einem Deutschen Evangelischen Kirchentag. 2007 moderierte Aus der Au dann in Köln eine Veranstaltung zu diesem Thema. Sie erlebte erstmals, wie eine begeisterte Menge eine ganze Stadt einnehmen kann.

Beim nächsten Kirchentag in Bremen wurde sie als einzige Nichtdeutsche in das 30-köpfige Präsidium gewählt, 2013 für sechs Jahre in den leitenden Vorstand. Dort arbeitete sie im Team mit dem heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, der als künftiger Bundespräsident allerdings aus dem Vorstand ausscheiden musste. 2017 präsidierte sie den soeben zuendegegangenen Reformationskirchentag in Berlin. Eine grosse Ehre, wie sie sagt.

Christina Aus der Au staunte, als sie begann, Berlin zu entdecken. »Als ich erstmals vor der Gedächtniskirche stand, fuhr mir das als Schweizerin ziemlich ein. Solche Ruinen sieht man bei uns ja eher selten«, sagt sie. Vieles empfindet sie hier als anders als im beschaulichen Frauenfeld, wo sie mit ihrem deutschen Mann lebt. Sie fand Berlin schon immer »genial«. Die Thurgauerin mag die Berliner Schnauze. Ebenso ihre 8-jährige Tochter, die wie sie gerne im »Café Zimt und Zucker« am S-Bahnhof Friedrichstrasse bruncht.

In Berlin führt der Kirchentag eine Geschäftsstelle. Meist jedoch ist Christina Aus der Au unterwegs zu Terminen in der Stadt. Berlin und Mitteldeutschland sind säkular geprägt. Das sieht Christina Aus der Au als spannende Herausforderung.

> »Kirchentage waren immer Plattformen für die Streitkultur
>
> **Christina Aus der Au**

»Berlin ist keinesfalls eine Stadt ohne Gott«, betont sie. An der Nacht der Religionen zeigten sich viele Glaubensgemeinschaften am Kirchentag.

Ihre Wahl zur Präsidentin des Kirchentages versteht sie als Fingerzeig, dass der Fokus nicht nur auf Luther und den deutschen Protestantismus gelegt werden sollte. Christina Aus der Au wollte vor allem den Protestantismus Zürcher Ausprägung mit einbringen: »Die Idee unabhängiger Gemeinden ohne hierarchisch dominanten Überbau, wie es der zwinglianischen Tradition entspricht, ist tief in meiner Vorstellung von basisdemokratischem Kirche-Sein verankert.«

»Du siehst mich» lautete die Losung des 36. Kirchentages. Christina Aus der Au findet sie gut gewählt. Was sie antreibt: Es geht ihr darum, den Menschen so zu sehen, wie er denkt, fühlt und glaubt. In einem stark säkularisierten Berlin sei es zudem wichtig, auch die Nichtgläubigen zu sehen. »Diese Menschen zu erreichen, liegt mir besonders am Herzen«, sagt sie. Deshalb freut sie sich, dass sie zusammen mit Vertretern des *Humanistischen Verbandes* eine Podiumsdiskussion zum Thema Sterbehilfe und eine über die Grenzen der offenen Gesellschaft einfädeln konnte.

Christina Aus der Au steht am Berliner Hauptbahnhof. Von hier bis zum Regierungsviertel versammelten sich die Kirchentagsbesucher am Abend der Begegnung. Die Schweizerin ist überzeugt, dass dieser Kirchentag gerade in Zeiten eines krisengeschüttelten Europas politischer sein musste. »Kirchentage waren immer Plattformen für die Streitkultur. Mit der AfD streiten und über die Flüchtlingsfrage reden? Wo, wenn nicht hier!«, hält die Kirchentagspräsidentin kritischen Protestanten entgegen. Die Theologieprofessoren Ulrich Duchrow und Franz Segbers hatten mit ihrer Initiative *Keine AfD auf dem Kirchentag* zu verhindern versucht, der Rechtsaussenpartei aufgrund weltanschaulicher Ablehnung ein grosses Forum zu bieten. ◆

Zwischen Pegida, Romantik und

Die Fremden zu lieben, das ist die grosse Herausforderung, vor der das Christentum heute steht. Die erste aufbruch-Leserreise führte nach Dresden, wo dieses Zeichen der Zeit in seinen unterschiedlichen Spielarten hautnah zu erleben war

Dresden erlebt jeden Montag inzwischen nur noch eine kleine Pegida-Kundgebung. Etwa 500 Anhänger der fremdenfeindlichen Organisation waren es, als die aufbruch-Reisegruppe auf dem Altmarkt gleich neben der Frauenkirche ankam.

Von Wolf Südbeck-Baur

Die Glocke der Frauenkirche tönt hell. Sechsmal schlägt sie. Es ist sechs Uhr abends in Dresden. Drüben am Altmarkt sammeln sich noch schätzungsweise 500 Pegida-Anhänger – Ende 2014 waren es noch 25 000 – zu ihrer allmontäglichen Kundgebung. Die *aufbruch*-Reisegruppe kommt gerade rechtzeitig und wird Augenzeuge dieser Deutschlandfahnen schwenkenden, »Merkel muss weg«-skandierenden Meute von Wutbürgern. *Pegida* steht laut eigenen Angaben für »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« und ist als islam- und fremdenfeindliche, völkische, rassistische und rechtspopulistische Organisation einzustufen.

Unter der Überschrift »Zwischen Pegida, Romantik und Weihnachtsstern« wollen wir wissen, was die Hintergründe dieser spannungsgeladenen Gemengelage insbesondere in Ostdeutschland sind. Wenig später oben in der Hotelbar mit Blick auf die Kuppel der Frauenkirche erklärt Theologe Frank Richter, Geschäftsführer der *Stiftung Frauenkirche*, auch die weltanschauliche Dimension sei in den Blick zu nehmen, um die *Pegida*-Leute verstehen zu können. »Religion steht für 80 Prozent der Ostdeutschen als geistige Ressource schlicht nicht zur Verfügung, sie sind religiös völlig unmusikalisch«, analysiert der frühere Direktor der *Landeszentrale für politische Bildung* und folgert: »Aber diese 80 Prozent sind nicht alle Atheisten.«

Religiös unmusikalisch

Was bleibt aber übrig, wenn Religion als geistige Ressource wegfällt? »Neoliberalismus in Tateinheit mit gnadenloser Konkurrenz« sei das eine. Im Kontrast dazu stehe die Erfahrung vieler Ostdeutscher, »dass sie nach 1990 angepackt haben und trotzdem das Gefühl der Zweitklassigkeit im Vergleich zu Westdeutschen bleibt«.

Brandgefährlich sei zudem der Nationalismus auch deshalb, weil man der dieser Ideologie innewohnenden Logik der Ausgrenzung nicht mit derselben Logik der Ausgrenzung diesmal seitens der Demokraten beikommen könne. Deshalb sei es falsch, Anhänger ausgrenzender Bewegungen und Organisationen pauschal gesellschaftlich zu ächten.

Frank Richter weiss, wovon er spricht. Als junger Kaplan der Dresdner Hofkirche gründete er 1989 die *Gruppe der 20*, die damals mit den Behörden in Dresden über die politischen Forderungen der »Wir-sind-das-Volk«-Bewegung verhandelte. Heute will Richter als Bildungsverantwortlicher der *Stiftung Frauenkirche*, »ein Ort der Versöhnung und Hoffnung«, Gesprächsrunden zu Themen anbieten, die von *Pegida* und der rechtsbürgerlichen AfD (»Alternative für Deutschland«) beansprucht werden: »Kultur, Nation, Demokratie, religiöse Identität, Europa, Heimat, was ist das?«

Genau diese Fragen brannten bereits früheren Generationen auf den Nägeln, nachdem Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts die vermeintlich von Gottes Gnaden vorgegebene politische Ordnung in Europa säkularisiert und umgepflügt hatte. Fürstenrechte und kirchenfürstliche Rechtsgebilde wurden aufgelöst und vom Sockel der göttlich autorisierten Macht gestossen. Diese Umbrüche fanden auch im Werk des Dresdner Malers Caspar David Friedrich ihren Niederschlag, wie Reiseleiter Michael Bangert vor den 25 Teilnehmenden der *aufbruch*-Leserreise unterstrich.

Eingänglich erläuterte der Theologe und Historiker im Museum *Albertinum*, warum Friedrichs berühmtes Bild »Tetschener Altar« von 1808 programmatisch für die Ent-

Weihnachtstern

Teschener Altar von Caspar D. Friedrich, 1808: Das Gemälde spiegelt Umbrüche der Romantik

FOTO: S. WOLF SÜDBECK-BAUR

wicklung der Romantik ist: »Das Gemälde zeigt Christus am Kreuz im Augenblick, in dem er stirbt, und zwar in der Natur auf einem Berg, umgeben von Tannen.« Damit beziehe sich der Künstler Caspar David Friedrich auf ein neues Religionsverständnis, das in Anlehnung an den evangelischen Theologen Schleiermacher Gott in der Natur erfahrbar mache. Im Zentrum von Religion stehe nicht mehr starres dogmatisches Denken der Kirche, sondern Religion als Erfahrung des Göttlichen ereigne sich in der Anschauung und im Gefühl.

Romantik und Pegida

Bei aller Begeisterung für den künstlerischen Genius des Malers der Romantik kam Bangert auch auf die Schattenseiten dieser Geisteshaltung zu sprechen. »Was hat die Romantik mit der Pegida-Bewegung zu tun?«, fragte er später im Car auf dem Weg nach Herrnhut. Bangert: »Die Romantik liefert die Idee der Nation, die damals aus eigener Kraft keine Rolle spielte, zu einer Zeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als die alte Ordnung der Zünfte, Fürsten und Fürstbischöfe aufhörte zu existieren. Die Romantik«, so der *aufbruch*-Reiseleiter weiter, »betont das Gemüt, die Verbundenheit in verlässlicher Freundschaft fürs Leben und die Geselligkeit quasi als Gegenpol zur napoleonischen Vorherrschaft.

Diesen Gedanken der Romantik von der Nation greifen die Pegida-Leute wieder auf in Form einer deutschtümelnden Nationalisierung. Die Übersteigerung des Eigenen, dem der Kontakt zur Wirklichkeit fehlt«, argumentiert Bangert weiter, »ist das, was für *Pegida* und AfD in Deutschland, für Le Pen-Anhänger in Frankreich und für grosse Teile der SVP in der Schweiz kennzeichnend ist«. Dabei sei allerdings nicht zu übersehen, dass Nationalisten von heute nicht Christen sein wollen, »weil diese die Fremden lieben«.

Die Fremden lieben, das wird auch bei der *Herrnhuter Brüdergemeine*, der nächsten Station auf unserer Leserreise, grossgeschrieben. Das 3000-Seelen-Dorf Herrnhut, berühmt für seine 17-zackigen Weihnachtssterne, ist Gründungsort der evangelischen *Brüder-Unität*, die auch in der Schweiz um Bischof Volker Schulz mit noch rund 300 Mitgliedern aktiv ist.

Dort im heutigen Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien fällten Graf Ludwig von Zinzendorf und der Zimmermann Christian David 1722 den ersten Baum, um die erste Ansiedlung der Brüdergemeine in Angriff zu nehmen – »unter des Herrn Hut«, wie Edmute Frank, Pfarrerin für die Gäste, unserer Reisegruppe im schlichten, weiss getünchten Versammlungssaal berichtet.

Die Herrnhuter, deren Wurzeln in die tschechische Reformation um Jan Hus zurückreichen, haben laut Frank weltweit 1,1 Millionen Mitglieder, setzen auf die Einheit der Brüder und sind synodal organisiert. Für sie steht Jesus Christus im Zentrum, den sie als Richter »in seiner menschlichen Art verstehen, der nicht anders kann, als gnädig mit den Menschen zu sein«, umreisst Reiseleiter Michael Bangert das religiöse Verständnis der Brüdergemeine. Jesus »begegnet uns als Bruder, der uns befreit, befähigt und beauftragt, seine Liebe weiterzugeben«, heisst es in deren Leitlinien von 2012. Entsprechend ist Missionsarbeit ein wichtiges Element der pietistisch geprägten Spiritualität.

FOTOS: S. EDMUTE FRANK

Die aufbruch-Reisegruppe trotzt der Bise, die über den Friedhof der Herrnhuter Brüder-Unität fegt

Der Gemeinschaft verpflichtet

Die Herrnhuter wissen sich der Vielfalt verschiedener Sprachen, Kulturen und Traditionen verpflichtet. Migration und Flüchtlinge spielen denn auch eine grosse Rolle. Das helfe, Grenzen zu überwinden. Vor diesem Hintergrund ist es nicht so verwunderlich, dass mit Pfarrer Hartmut Haas ein Mitglied der *Herrnhuter Brüdergemeine* massgeblich den Aufbau des Berner *Hauses der Religionen – Dialog der Kulturen* vorangetrieben hat. Dass das Leben in Gemeinschaft von zentraler Bedeutung ist für die Brüdergemeine, ist in Herrnhut gleichsam in jedem Dorfwinkel zu spüren. Als sich die *aufbruch*-Reisegruppe verabschiedet, schieben Mitglieder der *Brüder-Unität* Menschen, die in Rollstühlen sitzen, über den Dorfplatz.

Am Schluss der Leserreise sind sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig: »Wenn der *aufbruch* wieder einmal eine so interessante, spannende und anregende Reise anbietet, bin ich wieder dabei«, lacht Josef Haeller aus dem luzernischen Oberkirch bei Sursee. ◆

Milch & Honig

PFUSCHI-CARTOON

… spedieren wir kübelweise an Papst Franziskus nach Rom für seine unmissverständliche Haltung in Sachen Atomwaffen. Im Vorfeld der UN-Konferenz zum Verbot von Nuklearwaffen hatte der Pontifex eine weltweite Abschaffung dieser atomaren Vernichtungswaffen als einen »humanitären Imperativ» eingefordert. Ein pragmatischer Dialog sei nötig für eine Welt ohne Atomwaffen. Genau! Und zwar mit Beteiligung von Ländern mit und ohne Atomwaffen. Frieden könne nicht auf der «Androhung gegenseitiger Vernichtung« gründen. Franziskus`Botschaft verhallte indes. Die USA, Russland und auch Deutschland, das sich sonst gern in päpstlicher Umgebung sonnt, blieben wie fast alle Nato-Länder der UN-Konferenz Ende März einfach fern. Was bleibt? Viel Friedensarbeit und Hoffnung wider alle Hoffnung.

Frösche & Heuschrecken

PFUSCHI-CARTOON

… spedieren wir scharenweise an die Basler Kantonspolizei wegen ihrer überflüssigen Einschränkung der Demostration »March against Monsanto & Syngenta«. Die Leute von Regierungsrat Baschi Dürr verboten nicht nur das Mitführen eines motorisierten Lautsprecherwagens, sondern auch das Anhalten des Demonstrationszugs etwa vor der Messe, in deren Hallen die Basler Mustermesse lief. Die laufenden Bauarbeiten im Kleinbasel sind kein Sicherheitsrisiko, das derart schwer wiegt, dass Dürrs Truppe gleich die Demonstrationsfreiheit meint eingrenzen zu müssen. Selbst der geneigte Beobachter kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Sicherheitsgründe bloss vorgeschoben sind, um unliebsame Demostranten zu behindern. Undemokratisch!

FOTO: XXX

Dialogue en Route. Mit dem Velo geht`s ab dem 25. Juni quer durch die Ostschweiz und Zürich

Eine etwas andere interreligiöse Kampagne

Mit dem Velo vom Kloster in den Bergen zum Tempelfest im Industriequartier, vom serbischen Tanzworkshop zum Grillabend mit dem Moscheeverein – Etappe um Etappe eröffnen Guides, die im Auftrag von der *Interreligiösen Arbeitsgemeinschaft der Schweiz IrasCotis* unterwegs sind, die Stationen und Routen der Kampagne »Dialogue en Route«. Am 25. Juni geht`s los. Die Guides sind junge Menschen, die sich auskennen in der weltanschaulich und religiös vielfältigen Gegenwart, und die Fragen haben. Ihr Besuch bei den Stationen öffnet Türen, so versichern die Organisatoren. Gemeinsam wollen sie Brücken der Begegnung schlagen. »Dialogue en Route«, so heisst es weiter, »lädt ein, die religiöse und kulturelle Vielfalt der Schweiz kennenzulernen«. Ab Juli können auf thematischen Routen urbane Religionslandschaften und zerklüftete Geschichtsräume erwandert werden. Stationen sind unter anderem Illanz, Hohenems, Rikon, Trogen und Schlieren. Alle bieten Dialoganlässe, Lernräume und jede Menge Gastfreundschaft. Die Kampagne ist durch SBK, SEK, FIDS und SIG sowie die Unis Bern, Luzern und Lausanne breit abgestützt. www.dialogue-en-route.ch/kampagne

FOTO: © SIBYLLE KATHRINER

Pfarrer Gottfried Locher und Bischof Felix Gmür

Kleine Schritte der Annäherung

Zum Reformationsjubiläum sind aus katholischem Lager unterschiedliche Töne wahrzunehmen. Bedauern die einen die Spaltung der Kirche, so sieht der Papst das Jubiläumsjahr als Chance für die Ökumene und die gegenseitige Versöhnung. Die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) und der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) rufen gemeinsam zu mehr Einheit zwischen den Konfessionen auf. So setzten sie am 1. April anlässlich des 600. Geburtstags von Niklaus von Flüe mit einem nationalen ökumenischen Gedenk- und Feiertag ein starkes Zeichen. Wie kath.ch berichtet, entschuldigten sich Gotfried Locher und Bischof Felix Gmür beim ökumenischen Gottesdienst gegenseitig und umarmten sich. Diese symbolträchtige Geste wurde mit einem zustimmenden Applaus gewürdigt.

BILD: MATTLI ANTONIUSHAUS

Das Mattli Antoniushaus in Morschach feiert 50-Jähriges Jubiläum – erdig, ressourcenschonend

50 Jahre Mattli Antoniushaus

Ein wunderschönes Fleckchen Erde hatten sich die Gründer für das Bildungshaus ausgesucht. Durch die franziskanische Jugendbewegung angestossen und initiiert von Ingenbohler Schwestern mit dem charismatischen Franziskaner Leopold Stadler an der Spitze fand die Eröffnung 1967 statt. »Es war der Traum von einem offenen Haus der Begegnung für alle Schichten, für Jung und Alt, für Suchende und Menschen, die ihr Leben reflektieren und vertiefen möchten. Franziskanisch sollte es sein, ohne Luxus; ein einfacher, fast klösterlicher Ort der Gastfreundschaft«, sagt der Geschäftsleiter Hans Egli. Das architektonisch interessante Mattli Antoniushaus mit seinem atemberaubenden Bllick auf Berge und See kommt heute modern daher. »Das Angebot ist nach wie vor nicht luxuriös, aber zeitgemäss, qualitativ gut, erdig, ressourcenschonend und ehrlich«, fasst Egli zusammen. Am 17. und 18. Juni steigen die Jubiläumsfeierlichkeiten unter dem Motto »Menschen ein Gesicht geben«.

Migration aus ungewöhnlicher Perspektive

Der Tag, als London untergeht, ist ein ganz normaler Tag am See. Doch gegen Abend zieht ein Gewitter auf. Und die Fischer wollten nicht, dass ein Schwarzer an ihrem Stammplatz schwimmen geht. So kommt es, dass London an einem Sommertag im Zürichsee ertrinkt.

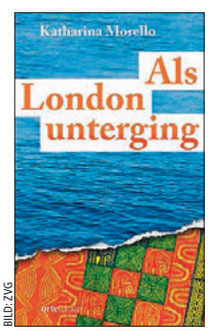


BILD: ZVG

Katharina Morelllo
Als London unterging
Orte Verlag, Schwellbrunn 2016, 214 Seiten, CHF 28.–

London Takawira ist ein junger Mann aus Simbabwe, der in einem Schweizer Dorf in der Waschküche wohnt, seit seine Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist. Sein Tod bildet das Zentrum dieses Romans. Es ist ein origineller und humorvoller Roman – trotz der Tragik und Absurdität von Londons Tod.

Die Gemeinde organisiert eine nüchterne Abschiedsfeier. Londons Freunde Lena, Juri, Nick und Fritz werfen sich vor, dass sie am Tag des Unfalls besser auf London hätten achtgeben müssen.

Doch damit ist die Sache nicht erledigt. Plötzlich taucht Londons Tante Tendai auf. Als sie erfährt, dass ihr Neffe kremiert wurde, ist sie entsetzt. Denn nur mit dem richtigen Beerdigungsritus kann Londons Geist in den Kreis seiner Ahnen aufgenommen werden. Nun sind die Ahnen verärgert und sorgen für Unheil. Wie es Tendai mit der Hilfe von Londons Freunden gelingt, die Geister zu versöhnen, erzählt die Autorin und Theologin Katharina Morello unterhaltsam und lebendig. Der Roman »Als London unterging« beleuchtet die weltweite Migration aus einer ungewöhnlichen Perspektive: Er fragt nach unserem Umgang mit dem Tod. Und erzählt von der Kraft der Freundschaft.

PFLUSCHI-CARTOON

➤ **Interreligiöse Gaumenfreuden.** Das Zürcher Forum der Religionen lädt dazu ein, an fünf Abenden kulinarische Riten der verschiedenen Religionen kennenzulernen. Der Auftakt findet am 6. Juni ab 20.00 Uhr im Dezernat der Islamischen Gemeinschaft Bosniens in Schlieren statt. An diesem Abend nehmen die Teilnehmenden am Fastenbrechens (Iftar) teil. www.forum-der-religionen.ch

➤ **Geld und Geist.** Unter dem Titel »Echte Franken für alle?« findet am 7. Juni ab 19:00 in der offenen Kirche in Bern eine kritische offene Diskussion zur Vollgeld-Initiative statt. Gäste sind: Dr. Martin K. Hess, Leiter Wirtschaftspolitik der Schweizerischen Bankiervereinigung; Raffael Wüthrich, Journalist, Konsumentenschützer und Mitinitiant der Vollgeld-Initiative. Moderation: Andreas Nufer. www.offene-kirche.ch

➤ **»Abgewiesen, aber immer noch da«.** Am 9. Juni 17 erzählt Hanna Gerig, Geschäftsleiterin des Solinetz Zürich, von der Situation der Nothilfeempfänger/-innen im Kanton Zürich, von Begegnungen und Solidarität. Kulturhaus Helferei, 18.30 Uhr. www.politischegottesdienste.ch

➤ **Pilgern in Etappen.** Jeweils am zweiten Samstag des Monats lädt das Lassalle-Haus bis Oktober zu einem Pilgertag ein. Am 10. Juni führt die »7-Egg-Wanderung« von Hoch Ybrig Weglosen bis nach Holzegg bei Brunni. www.lassalle-haus.org

➤ **Begegnungstag.** Bereits zum 14. Mal wird am 17. Juni in der St. Galler Innenstadt der interkulturelle Begegnungstag gefeiert. Mit Konzertbühne, Informations- und Marktständen sowie einem Länderpavillon setzen gemeinnützige Organisationen, Vereine, Fachstellen und Migrantinnen und Migranten ein Zeichen für die kulturelle Vielfalt und das friedliches Zusammenleben. www.begegnungstag.ch

➤ **»Der Eremit».** Ein Theaterstück der besonderen Art wird am 21. Juni ab 17:00 im Kirchensaal Maihof, Luzern, geboten. «Der Eremit – eine Begegnung mit Niklaus von Flüe« von Paul Steinmann verbindet die Lebensthematik des Eremiten mit persönlichen und aktuellen sozialpolitischen Themen. fastenopfer.ch/events/der-eremit-eine-begegnung-mit-niklaus-von-fluee-2

Sie möchten ein Zeilen-Inserat aufgeben?
Sie wollen für Ihre Kurse werben?
Sie möchten Ihr Ferienchalet vermieten?
Sie wollen für Ihre Kurse werben?
Sie suchen eine Bekanntschaft?
Einen Freund? Eine Partnerin?
Oder, oder, oder…

Bei privaten Anbietern kostet die Zeile CHF 10.20, bei gewerblichen CHF 11.30.
Texte für Zeilen-Inserate: Bitte senden Sie den Text für Ihr Zeilen-Inserat per Post an Redaktion *aufbruch*, Wolf Südbeck-Baur, Postfach, 4001 Basel oder per E-Mail an
wolf.suedbeck-baur@aufbruch.ch
Annahmeschluss: 26. Juni 2017

Suche 3 Personen, Frauen und Männer, mindestens 35 Jahre alt, allein lebend, mit spiritueller Lebensausrichtung, die ein grosses Anwesen im Raum Bern/Thun gemeinsam mit mir – Theologin, 56 – bewohnen möchten und bereit sind, eine Person in die Hausgemeinschaft aufzunehmen, die Begleitung und Unterstützung benötigt.
Kontakt unter Chiffre 22630517

netzwerk migrationscharta.ch
Das netzwerk migrationscharta.ch setzt sich ein für eine menschenfreundliche Migrations- und Asylpolitik in der Schweiz und in Europa. Grundlage ist die an Pfingsten 2015 verfasste »Migrationscharta«. Die Charta reflektiert Grundsätze einer neuen Migrationspolitik aus biblisch-theologischer Perspektive und postuliert das Grundrecht jedes Menschen auf freie Niederlassung.
Infos und Mitglied
www.migrationscharta.ch

Kommentieren Sie die Beiträge auf www.aufbruch.ch

Sagen Sie uns Ihre Meinung – zu exklusiven Beiträgen, die Sie nur auf unserer Webseite finden.

Aus unserem Blog

Aleppo-Seife

von Stephan Moser

Seit sechs Jahren schon tobt der mörderische Krieg in Syrien. Und was tun wir? Mein Duschmittel kann mehr Latein als ich. Lesen Sie mal die Inhaltsstoffe durch. So viel Vergil, nur damit wir nicht stinken. Und am Schluss geht die ganze klassische Chose den Bach runter. Wahnsinn. Dubiose Chemikalien, viel Plastikmüll: Vor kurzem sagte ich deshalb meinem Duschgel Adieu und kaufte mir stattdessen eine Duschseife. »Aber bitte ohne Palmöl«, sagte ich in der Apotheke, denn »Sodium Palmate pfui est«, wie der Lateiner zu sagen pflegt. Die Verkäuferin reichte mir einen unansehnlichen ockerfarbenen Mocken mit arabischen Schriftzeichen drauf. 78 Prozent Olivenöl, 12 Prozent Lorbeeröl, Natronlauge. Simpler geht Seife nicht.

Erst zu Hause las ich, was auf der Packung stand: »Savon d'Alep. Fabriqué en Syrie«. Und auf einmal war der Krieg ganz nah. Ich sah die Fernsehbilder des umkämpften Aleppos vor mir: Helfer, die tote Kinder aus den Trümmern zerren; Spitäler und Wohnviertel, auf die Assad hat Fassbomben werfen lassen. Sechs Jahre geht das Morden in Syrien jetzt schon. 400 000 Menschen getötet, Millionen auf der Flucht. Wir sehen und lesen es täglich. Und wir nehmen es zur Kenntnis. Zucken mit den Schultern. »Schlimm, aber was will man machen?« Blättern um, zappen weiter.

Wütend und hiflos

Jeden Morgen seife ich mich mit der Aleppo-Seife ein und frage mich, was

wohl aus dem Seifensieder geworden ist, der sie nach jahrhundertealtem Rezept gekocht hat. Ob er in der zerbombten Stadt ums Leben gekommen ist? Sitzt er in einem von Assads Folterknästen? Oder war vielleicht er derjenige, der die Giftgaskanister ins Kampfflugzeug geladen hatte, das dann Kurs nahm auf Chan Scheichun?

Ich stehe unter der Dusche und spüre Wut und Hilflosigkeit angesichts der Gräuel in Syrien. Ich habe ja keine Marschflugkörper, die ich abfeuern kann wie Trump und schon gar keine Strategie (gut, die hat Trump auch nicht). Und einen syrischen Flüchtling aufnehmen? Das liegt leider auch nicht drin. Wir haben ja auch nur eine Dusche.

Wer nichts tut, macht sich schuldig – oder?

Jeden Morgen wasche ich mich mit Aleppo-Seife, schön geschmeidig macht sie die Haut, aber ich werde das Gefühl nicht los, schuldig zu sein. Wenn wir von dem Leiden wissen und nichts dagegen tun, oder zu wenig (und wie viel ist genug?) – machen wir uns dann nicht mitschuldig wegen unterlassener Hilfeleistung? Der australische Ethiker Peter Singer hat diese unangenehme Frage 1972 in seinem Aufsatz »Famine, Affluence and Morality« aufgeworfen.

Wie sollen wir reagieren auf das Leid? Spenden? Sich auf Facebook per Mausklick solidarisieren? Mit dem Papst beten? Mit warmen Decken am Strand in Italien auf die durchnässten Bootsflüchtlinge warten? Ich weiss es nicht. Wie stellt man es an, nicht abzustumpfen? Verletzlich zu bleiben und sich nicht fertigmachen zu lassen von der täglichen Flut an schlimmen Nachrichten? Was darf man von sich fordern, ohne sich zu überfordern? Denn da ist ja nicht nur Syrien. Und wie hilft man so, dass die Hilfe wirklich hilft – und nicht nur das schlechte Gewissen beruhigt?

Ich wünschte, ich hätte eine Antwort.

Aber ich bin ja schon beim Duschen mit meinem Latein am Ende.

Wie geht es Ihnen?

Stephan Moser ist Journalist und arbeitet als Dienstredaktor für die Freiburger Nachrichten. Dort erschien dieser Text zuerst in leicht gekürzter Form.

Dieser Text ist am 27. April als Blog auf unserer Website und unseren Social Media-Kanälen erschienen. Möchten Sie die aufbruch-Blogs als E-Mail erhalten? Melden Sie sich an unter http://blog.aufbruch.ch oder schreiben Sie ein E-Mail an unsere Redaktion: stephanie.weiss@aufbruch.ch

SCHLUSSBLÜTE

» Wenn die Welt unüberschaubar wird, dann beginnt die Suche nach einfachen Lösungen, die alle Verwirrung beseitigen.

Ernst Piper, Historiker und Verleger

Impressum

aufbruch – UNABHÄNGIGE ZEITSCHRIFT FÜR RELIGION UND GESELLSCHAFT (www.aufbruch.ch)
Erscheint 6-mal jährlich; Auflage: 5000 Exemplare
Herausgeber: Förderkreis *aufbruch* – Zeitung für Religion und Gesellschaft (c/o René Schurte, In der Wässeri 27, 8047 Zürich)
Ehren-Herausgeber: Dr. Erwin Koller
Kooperation mit Publik-Forum, Postfach 2010, D-61410 Oberursel, www.publik-forum.de

Redaktions-Adressen:
Redaktion Basel: Postfach 1068, 4001 Basel, Tel. 061 683 03 43, E-Mail: redaktion@aufbruch.ch; wolf.suedbeck-baur@aufbruch.ch;
Redaktion Therwil: Vogesenstrasse 30, 4106 Therwil, E-Mail: stephanie.weiss@aufbruch.ch

Redaktion: Wolf Südbeck-Baur (Basel), Dr. Stephanie Weiss (Therwil)

Redaktionsteam: Judith Albisser (Bern), Anja Buckenberger (Zürich), Martina Läubli (Zürich), Thala Linder (Solothurn), Sylvia Stam (Luzern), Cristina Steinle (Basel), Christian Urech (Zürich)

Layout: Barbara Blatter, AVD Goldach AG

Korrektorat: Christian Urech (Zürich)

Druck: apm Druck, Kleyerstrrasse 3, D-64295 Darmstadt

Inserate: Redaktion *aufbruch*, Wolf Südbeck-Baur, Postfach 1068, 4001 Basel, Tel. 079 582 89 88, E-Mail: wolf.suedbeck-baur@aufbruch.ch
Insertionsbedingungen unter www.aufbruch.ch,
Insertionsschluss nächste Ausgabe: **26. Juni 2017**

Abonnementspreise:
Schweiz: Jahresabo (6 Ausgaben) CHF 88.–; Förderabo: CHF 108.–; Kombiabo: CHF 172.–; 2-Jahresabo normal: CHF 160.–; 2-Jahresabo Förder: CHF 200.– Einzelnummer: CHF 12.50. Zahlungen über: *aufbruch* – Unabhängige Zeitschrift für Religion und Gesellschaft, Zürich, PC 60-17861-0
Ausland: Jahresabo € 69.– ; Förderabo € 89.– ;
Zahlungen in Deutschland über: Volksbank Dreiländereck EG, Freiburgerstr. 78, D-79576 Weil am Rhein. Kto-Nr. 23 22 307/Bankleitzahl: 683 900 00 (PSK Karlsruhe 340-97-75);
Mehrfach-Abos: Ermässigte Tarife unter www.aufbruch.ch

Abonnemente und Adressänderungen:
aufbruch-Aboservice, c/o Sonya Ehrenzeller, Gerbiweg 4, 6318 Walchwil, Tel. 079 628 25 78 (Do 16–18 Uhr), abo@aufbruch.ch

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 21. Juni 2017
sie erscheint am 13. Juli 2017

aufbruch
UNABHÄNGIGE ZEITSCHRIFT FÜR RELIGION UND GESELLSCHAFT

Bestelltalon

- ❑ Ich wünsche ein Probe-Exemplar von *aufbruch*
- ❑ Ich abonniere aufbruch:
  - ❑ Jahresabo CHF 88.–
  - ❑ Förderabo CHF 108.–
  - ❑ 2-Jahresabo normal CHF 160.–
  - ❑ 2-Jahresabo Förder CHF 200.–
- ❑ Ich abonniere das Kombi-Abo von aufbruch und Publik-Forum: Jahresabonnement CHF 172.– (Studierende CHF 120.–)

Absender:

Senden an: aufbruch-Aboservice, c/o Sonya Ehrenzeller, Gerbiweg 4, 6318 Walchwil, Tel. 079 628 25 78, donnerstags 16–18 Uhr, E-Mail: abo@aufbruch.ch

AZB PP/Journal CH-6318 Walchwil
Gerbiweg 4, 6318 Walchwil

ILLUSTRATION: CARTOOCHE